Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226. Dienstag, den 27. September 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Magdeburg.

P. L. Die Gegner der Sozialdemokratie hatten große Hoffnungen auf unseren diesjährigen Parteitag in Magdeburg gesetzt. Glaubten sie doch, er würde ihnen die langersehnte Spaltung der Partei bringen. Und nun, da nach teilweiser recht scharfer, aber durchweg sachlicher Debatte der Hauptstreitpunkt, die Budgetbewilligungsfrage erledigt worden ist, ohne daß deshalb die Sozialdemokratie gesprengt wäre, schimpfen Liberale, Nationalliberale, Konservative und wie die Volksfeinde sonst noch benannt werden, mit vereinten Kräften auf den Parteitag.

Schon diese eine Tatsache zeigt, daß die Magdeburger Verhandlungen und Beschlüsse den Interessen der werktätigen Bevölkerung zu dienen geeignet sind. Natürlich läßt sich die Sozialdemokratie weder durch das Lob noch durch den Geifer der Reaktionäre irgendwie von dem als richtig erkannten Wege abbringen. Sie handelt so, wie es ihr zum Besten der Arbeiterschaft am geeignetsten erscheint. Bisher hat sie darin noch immer das Richtige getroffen.

Den Brennpunkt der Beratungen des Magdeburger Parteitages bildete, wie zu erwarten stand, die badische Budgetbewilligung. Da bereits seit Wochen in der Presse und in den Versammlungen die Angelegenheit eingehend erörtert worden war, so konnten wesentliche neue Gesichtspunkte kaum noch zutage gefördert werden. Genosse Bebel, der vom Parteivorstand zum Referenten über diesen Gegenstand bestimmt worden war, faßte in seiner großzügigen, streng sachlichen, aber in kameradschaftlichem Ton auch den Badenser gegenüber gehaltenen Rede alle die Gründe zusammen, welche gegen das Verhalten unserer badischen Genossen sprachen. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß eine Wiederholung des Disziplinbruches als notwendige Konsequenz das Ausscheiden seiner Verüber aus der Partei zur Folge haben würde. In der von Bebel eingebrachten Resolution wurden die Beschlüsse von Lübeck und Nürnberg ausdrücklich bestätigt und das Verhalten der Badenser auf das schärfste gemißbilligt.

Was die badischen Genossen zur Rechtfertigung ihres Verhaltens anführten, war in keiner Weise geeignet, ihre Position haltbar zu machen. In der formell glänzenden Rede des Genossen Franck waren keinerlei stichhaltige Gründe enthalten, die den Disziplinbruch in einem milderen Lichte erscheinen ließen. Die Debatte ergab denn auch, daß die weit überwiegende Mehrheit des Parteitages und der Partei die badische Budgetbewilligung sowie die Hofgängerei scharf verurteilt. In namentlicher Abstimmung wurde die Vorstandsresolution mit 289 gegen 80 Stimmen angenommen. Damit hätte der Budgetstreit eigentlich erledigt sein müssen. Leider war dem aber nicht so. Eine ganze Anzahl Delegierter hielt es für notwendig, einen besonderen Beschluß darüber herbeizuführen, daß im Falle einer nochmaligen Budgetbewilligung der Ausschluß der betreffenden Genossen aus der Partei erfolgen solle. Damit erhielt das Vorgehen der Mehrheit gegen die Badenser eine ganz unnötige Schärfe. Es ist auch sehr fraglich, ob dieser Antrag taktisch geschickt war. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß der Antrag die Folge einer Provokation des Parteitags durch Genossen Dr. Franck darstellt. Nicht zu billigen ist nun die Art, wie der Antrag in später Nachtsitzung durchgepeitscht wurde, ohne daß den Süddeutschen Gelegenheit gegeben wurde, einen Verständigungsversuch mit der Mehrheit zu unternehmen. Die Folge waren erregte Szenen und gegenseitige Erbitterung, die leicht hätte vermieden werden können. Daß der Antrag in der Sache das Richtige trifft, ist nicht zu bestreiten. Er war aber überflüssig, nachdem Bebel die sich mit ihm deckende Ansicht des Parteivorstandes zum Ausdruck gebracht hatte.

Man mag nun über diesen Beschluß und seine Herbeiführung denken wie man will. Eines steht fest: er hat Klarheit geschaffen über den unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der Partei. Wir sind sicher, daß ihn auch unsere süddeutschen Genossen respektieren werden.

Von großer Bedeutung waren auch die Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage. In dem Kampfe für die Volksrechte sind Nord und Süd einig, da spielen Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen keine Rolle. Das kam in den Erklärungen der Genossen Süddeutschlands lebhaft zum Ausdruck. „Wir wollen dabei sein, in diesem Kampf,“ so sagte Genosse Franck unter dem stürmischen Beifall des gesamten Parteitages. Die sozialdemokratische Phalanx gegen alle Volksfeinde ist somit geschlossener denn je. Das ist die hocherfreuliche Quintessenz der Wahlrechtskundgebung des Magdeburger Parteitages.

Befruchtend auf die Genossenschaftsbewegung werden die Beratungen des Parteitages über diese Frage wirken. Die Bedeutung dieser Bewegung wird sicherlich nun auch den noch fernstehenden Arbeitern klar werden. Andererseits ist aber auch der Überneutralität mancher Genossenschaftsleitungen namentlich gegenüber der politischen Vertretung des werktätigen Volkes ein wirksamer Dämpfer aufgesetzt worden. Ist die Genossenschaftsbewegung wirklich ein wichtiges Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft, und daran ist nicht zu zweifeln, dann muß sie, wie die Gewerkschaftsbewegung, Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie marschieren.

Auch die übrigen Beratungsgegenstände, wie die Reichsversicherungsordnung, die Maifeier usw. sind sehr wichtig. Wenn sie nicht so eingehend, wie das wohl notwendig ist, behandelt wurden, so lag das an der Tatsache, daß sie durch die badische Budgetbewilligungsangelegenheit etwas in den Hintergrund gedrängt wurden. Nichtsdestoweniger kam die Meinung des Parteitags über alle diese Dinge markant zum Ausdruck.

Faßt man das Ergebnis des Magdeburger Parteitages kurz zusammen, so ist zu konstatieren, daß in der alten Elbstadt fruchtbringende Arbeit im Dienste der Partei geleistet worden ist. Wohl kam es zu ernstem und erregtem Meinungsaustausch, aber aus demselben leuchtete bei allen Beteiligten die Liebe und Treue zur Partei hervor. Man war einig über das Ziel, nur über die Wege, die dahin führen, bestanden Differenzen. Die feste Einheit und Geschlossenheit der Partei hat durch die Beratungen in Magdeburg nicht gelitten. Im Gegenteil, sie ist gefestigt worden. Und betrübten Lohgerbern gleich, denen die Felle fortgeschwommen sind, stehen die Reaktionäre aller Schattierungen da. Es gibt für sie nichts im trüben zu fischen, wie sie es so gern getan hätten. Wir freuen uns dessen. Jetzt gilt es, wie bisher, mit aller Kraft den Kampf zu führen gegen den gemeinsamen Feind des arbeitenden Volkes. Der Sieg wird und muß kommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wieder ein Sieg!

Die Schlacht in Frankfurt-Lebus ist gewonnen! Trotz der miserabelsten Hetze ist Genosse Faber mit 172 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Es erhielten Faber 15797, Winter (NL.) 15625 Stimmen.

Bei der Hauptwahl am 15. d. Mts. erhielten Faber 14316, Winter (NL.) 7757 und Dunkel (Kons.) 6595 Stimmen. Die konservativen Stimmen sind also ausnahmslos auf den Nationalliberalen übergegangen, während wir aus eigener Kraft noch rund 1400 Stimmen holten.

Ein Bravo den tapferen Streitern in Frankfurt-Lebus.

Verschleppung der Witwen- und Waisenversicherung.

Nach § 15 des Zolltarifgesetzes sollte die Witwen- und Waisenversicherung am 1. Januar 1911 in Kraft gesetzt werden. Diese Bestimmung wurde vom Reichstage dahin abgeändert, daß als Termin der 1. April 1911 festgesetzt wurde. Das Zentrum hat damals erklärt, daß man jedenfalls dazu kommen müsse, dem Gesetz rückwirkende Kraft bis auf den 1. Januar 1910 zu geben. Jetzt wird offiziös versichert, daß der 1. April 1911 wohl kaum als Termin des Inkrafttretens eingehalten werden könne, weil durchaus nicht feststehe, daß sich die Verabschiedung des Gesetzes bis zu diesem Zeitpunkt ermöglichen lasse. Je länger die Sache hinausgeschoben wird, desto weniger kann damit gerechnet werden, daß dem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen wird.

Dernburgs Reichstagskandidatur.

Es schweben gegenwärtig Verhandlungen, um Dernburg in dem Wahlkreis Husum-Tondern aufzustellen. Dieser Kreis ist einer der sichersten der Fortschrittlichen Volkspartei und es würde Dernburg nicht schwer werden, das Mandat des jetzt aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Abg. Dr. Leonhard bei der nächsten Wahl zu erhalten.

Von Hamburg aus war der Rechtsanwalt Dr. Blunk in Aussicht genommen. Inzwischen ist die Angelegenheit aber dem fortschrittlichen Parteivorstand in Berlin unterbreitet worden; in den nächsten Tagen soll eine endgültige Entscheidung über die Frage zu erwarten sein.

Später Reichstagsbeginn.

Der Reichstag soll nun, wenn die „Freisinnige Ztg.“ richtig informiert ist, erst am 22. November seine Arbeiten wieder aufnehmen. Diese Hinausschiebung des Wiederzusammentritts des Reichstages muß natürlich dazu führen, daß die Etatsberatung wieder überhastet wird, und daß vor allen Dingen die Fertigstellung einer Anzahl wichtiger Gesetze überhaupt in Frage gestellt wird.

Konservative Drohung.

In Sachsen herrscht zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen ein tiefes Zerwürfnis, das bei der jetzt im 44. ländlichen Wahlkreis notwendig gewordenen Ersatzwahl zum Landtag wieder recht drastisch in die Erscheinung tritt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält den Nationalliberalen vor:

> „Im 44. ländlichen Wahlkreise haben sie den Konservativen einen Kandidaten entgegengestellt und agitieren für diesen in einer Weise, die aller Beschreibung spottet. Die Konservativen werden aufs gehässigste geschmäht und verdächtigt. Man arbeitet geradezu mit amerikanischen Mitteln. Bei den allgemeinen Landtagswahlen lag die Sache gerade so. Die Konservativen waren fast überall in die Verteidigungsstellung gedrängt. Wenn sie jetzt keine Lust zeigen, den Nationalliberalen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, so ist das keine Politik und Taktik der Verärgerung, sondern lediglich eine Selbstverständlichkeit.“

Die Nationalliberalen treiben es aber noch viel schlimmer, sie stellen dem Abg. Dr. Wagner-Dresden und dem Reichsverbandsgeneral von Liebert eigene Kandidaten gegenüber. Damit ist natürlich das Schicksal Wagners, ganz besonders aber das des Reichsverbändlers Liebert, besiegelt. Deshalb erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ kategorisch:

> „Es gibt gegenüber dem Nationalliberalismus, wie er sich heute in Sachsen zeigt, — vielleicht ändern sich die Verhältnisse und die Anschauungen — nur eine Taktik, nämlich die, überall, wo einige Aussicht auf Erfolg ist, stramme, überzeugte konservative Kandidaten aufzustellen, schon damit die Wähler gesammelt und die Kräfte gemessen werden. Solange der Nationalliberalismus nicht ganz deutlich und in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise einen dicken Strich zwischen sich und der Demokratie zieht, ist er für einen gesunden, klaren Konservatismus nicht bündnisfähig. Das ist keine Politik der Verärgerung, sondern nur eine Politik der Pflicht und der Klarheit.“

Mißlungene Staatsaktion.

Wie mitunter Anklagen gegen Sozialdemokraten entstehen, hat eine Verhandlung gegen den Redakteur der Erfurter „Tribüne“, Genossen Petzold, gezeigt, die vor dem Landgericht in Eisenach stattfand. Der Angeklagte sollte sich am Vorabend der Eisenacher Nachwahl in einer Versammlung in Marksuhl der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen schuldig gemacht haben. Die Anklage stützte sich auf Notizen des überwachenden Gendarmerie-Wachtmeisters und gab aus dem Zusammenhang gerissene und entstellte oder falsch verstandene Sätze wieder. In der Verhandlung, vom Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Blüth in Eisenach in die Enge getrieben, gestand der Gendarm zu, einige Tage nach der Versammlung von mehreren Einwohnern gedrängt worden zu sein, indem man ihn interpellierte, warum er den Referenten habe sprechen lassen, er hätte das verhindern sollen. Er habe die Betreffenden, deren Namen er nicht mehr angeben könne, darauf aufmerksam gemacht, daß er wie immer seinen Bericht an seine vorgesetzte Behörde machen werde, das andere kümmere ihn dann nicht mehr.

Von den Zeugen der Staatsanwaltschaft konnte keiner mehr den Zusammenhang des Referats skizzieren, trotzdem einige davon mehrere Male verhört und einer oder gar zwei den Bericht des Gendarmen durch einen eigenen Bericht ergänzt hatten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft sah jedenfalls sein Anklagegebäude zusammenfallen, er beantragte aber trotzdem eine Woche Gefängnis! Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Der Erlaß des Generals v. Bissing

findet den lebhaften Beifall der reaktionären Presse. Die „Kreuzztg.“ hält es für selbstverständlich, daß die Militärbehörde Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit trifft, namentlich habe sie die Aufgabe, auch Maßnahmen gegen einen politischen Massenstreik vorzubereiten. Die Verhaftung der sozialdemokratischen Führer im Falle einer revolutionären Bewegung wird als eine im Staatsinteresse gelegene Notwendigkeit hingestellt. Selbstverständlich darf die erzreaktionäre „Post“ nicht fehlen. Dieses Scharfmacherblatt äußert sich ähnlich als wie die „Kreuzzeitung“, fügt aber noch hinzu, daß vor allen Dingen gegen den politischen Massenausstand gerüstet werden müsse und bemerkt weiter:

> „Ob unsere Gesetzgebung für diesen Fall ausreicht, erscheint aber recht zweifelhaft, und es wird vor allem Sache

der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß es im gegebenen Augenblick nicht an den nötigen Machtmitteln zur erfolgreichen Abwehr gegen politische Massenausstände fehlt."

Das alte Rezept, die Sozialdemokratie mit Ausnahmegesetzen zu bekämpfen!

Die „Deutsche Tagesztg." erblickt in der Bekanntgabe des Erlasses eine verpuffte Sensation. Das agrarische Blatt hält es als selbstverständlich, daß, wenn der Aufruhr in den Straßen tobt, die zum Aufruhr hetzenden Leute unschädlich gemacht und verhaftet werden müssen. Die Immunität der Abgeordneten höre mit dem Belagerungszustande auf. Es sei direkt verdienstlich, daß den Truppenführern nach dieser Richtung hin bestimmte Anweisungen gegeben worden sind. Bedenklich ist dem agrarischen Blatte nur der Umstand, daß eine derartige Anweisung in die Hände eines Sozialdemokraten gelangen konnte.

Mit Brudergruß und Rippenstoß.

Der antisemitische Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hat der reformerischen „Bruderpartei" in der „Staatsbürgerzeitung" eine kräftige Absage erteilt. Dieser Rippenstoß hindert die Reformer aber nicht, den Latt- und Liebermännern herzlichen Brudergruß zu entbieten. Im Reichstag, in irgend einem verschwiegenen Winkel, waren jüngst die Vertrauensmänner der Reformer versammelt und gaben dort der Hoffnung Ausdruck, daß im Sinne aller Anhänger beider Richtungen der gegenseitige Besitzstand zu achten und, wenn irgend möglich, ein friedliches Abkommen zu treffen ist.

Regierungs-Idylle.

Wilhelm II. ist von Ostpreußen nach Ungarn gereist, von dort nach Wien, dann nach Sigmaringen und schließlich kam er Freitag früh nach Potsdam, um am Abend wieder nach Rominten zu reisen. Bei dieser mehrstündigen Anwesenheit in Potsdam hat Wilhelm II. wieder einmal seinen Reichskanzler gesehen. Herr v. Bethmann-Hollweg durfte seinen Herrn nach dem Bahnhof begleiten, dann zog er sich wieder in die Einsamkeit von Hohen-Finow zurück. Schwer kann die Regiererei doch sicher nicht sein,

Reichsverbändlerische Denunziation.

Die völlig im Fahrwasser des Reichsverbandes segelnde „Deutsche Zeitung", ein alldeutsch-antisemitisches Blatt, gefällt sich in schäbiger Denunziation. Die Rede des Genossen Dr. Liebknecht auf dem Magdeburger Parteitag, in der er sich mit der Anwesenheit des russischen Zaren auf deutschem Boden befaßte, wird von dem Blatt als eine Aufreizung zu Attentatsversuchen bezeichnet. Im Anschluß daran wird an die Regierung die direkte Frage gerichtet:

„Was gedenkt die Regierung zu tun, um das verbrecherische Treiben sozialdemokratischer Wortführer für die Zukunft zu verhindern?"

Die deutsche Regierung hat sich durch ihre Russendienste schon genugsam blamiert, und das Reichsverbandsblatt will offenbar diese Blamagen noch vermehrt wissen. Die ganze gesittete Welt hat die Schandtaten der russischen Regierung verurteilt, aber den Reichsverbändlern blieb es vorbehalten, die Partei dieser korrupten Gesellschaft zu ergreifen, und dieses verwerfliche Treiben krönt man jetzt damit, daß die Regierung aufgefordert wird, die Geschäfte der Reichsverbändler zu besorgen.

Von der Wirkung des Schnapsboykotts.

Auch im einzelnen läßt sich der starke Rückgang des Fuselverbrauchs seit dem sozialdemokratischen Schnapsboykott nachweisen. In dem soeben erschienenen Geschäftsbericht des Konsumvereins L.-Plagwitz und Umgebung wird festgestellt, daß der Konsumverein

im Jahre	1907-08	193 259	Liter Branntwein
„ „	1908-09	188 701	„ „
„ „	1909-10	146 732	„ „

absetzte. Der Niedergang des Schnapskonsums im letzten Jahre ist sinnenfällig, wobei noch zu bemerken ist, daß der Schnapsboykott bei Abschluß des Berichts erst dreiviertel Jahre in Wirkung war. Die Wut der schnapsbrennenden Junker ist daher nicht verwunderlich, aber ihre krampfhaften Versuche, die Wirkung des Schnapsboykotts abzuleugnen, können angesichts solcher Zahlen nur lächerlich wirken.

Reichseinigungsamt gegen Aufhebung des Koalitionsrechts.

In der nationalliberalen „Magdeburger Ztg." wird die drohende Metallarbeiteraussperrung erörtert. Das Blatt bedauert diese großen wirtschaftlichen Kämpfe und kommt zu dem Schluß:

„Vielleicht wäre noch am ehesten an ein Reichseinigungsamt zu denken. Nur müßte man dann sich auch den Vorschlag aneignen, den Professor Harms auf der Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik gemacht hat. Der meinte damals: „Ein Streik oder eine Aussperrung darf ohne voraufgegangene Verhandlungen nicht vorgenommen werden bei Strafe der Beschlagnahme der Kassen der Berufsvereine durch den Staat. Dann würde den Nichtwollenden nicht nur kein Unrecht, dann würde ihnen auch Recht geschehen".

Die Arbeiter werden sich für eine „Regelung" bestens bedanken.

Agrarier und Fleischnot.

Die „Deutsche Tageszeitung" weist darauf hin, daß Eingaben wegen der Fleischnot an den Reichskanzler und an das Reichsamt des Innern deshalb keinen Erfolg haben können, weil nach einer Mitteilung des Fürsten Bülow Bundesrat und Reichsregierung beschlossen hätten, solche Fragen dem preußischen Landwirtschaftsminister zur Erledigung zu überweisen. Die Beschwerde gegen den preußischen Landwirtschaftsminister, die von den Fleischern an den Reichskanzler gerichtet werden soll, müßte sonach vom Reichskanzler dem preußischen Landwirtschaftsminister übergeben werden, und er hätte dann in eigener Sache zu entscheiden. Das agrarische Blatt fügt noch hinzu, daß, wenn die bayerische Regierung einen anderen Standpunkt einnehmen sollte als die preußische, so würde Bayern wohl erfahren, daß die Mehrheit des Bundesrats die Anschauungen des preußischen Landwirtschaftsministers teilt.

Spionenfurcht.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten" nimmt ein Freiherr v. L. die Borkumer Spionaffäre zum Anlaß, um eine ganze Reihe einschneidender Maßregeln gegen Fremde und Einheimische zu fordern. Der offenbar militärische Mitarbeiter des Berliner reaktionären Blattes verlangt: Bedeutende Verschärfung der Kontrolle der Ausländer, Überwachung der in Deutschland reisenden fremden Offiziere, Meldezwang für diese. Für Zivilpersonen Paßzwang. Außerdem soll den zuständigen Militär- und Marinebehörden — nicht etwa den Zivilbehörden — das Recht zum Erlaß von Aufenthaltsverboten für Ausländer zustehen. An allen großen Waffenplätzen, Kriegshäfen usw. sollen besonders geschulte Kriminalbeamte für die Überwachung der spionageverdächtigen Personen stationiert werden. Weiter sei aus militärischen Gründen zu wünschen, daß die mit Festungsanlage versehenen Badeorte Helgoland, Wangeroog und Borkum bald geschlossen würden. Unter allen Umständen aber müsse der Verkehr auf die nichtgefährdeten Teile beschränkt und alles übrige Land durch Sperrgitter abgeschlossen werden. Gegen Ausländer sei ein Aufenthaltsverbot zu erlassen. Neben diesen Vorbeugungsmaßregeln verlangt der Artikelschreiber ein Spionagegesetz und Verschärfung der Strafen wegen Landesverrat. Bei Spionageprozessen müßten den Militär- und Marinebehörden dergestalt ein Einfluß auf die Strafbemessung eingeräumt werden, daß zu jeder Verhandlung ein oder mehrere Offiziere als Richter kommandiert würden. Spionage sei Vorbereitung zum Krieg, dagegen seien alle Mittel erlaubt. — Der Mann gehört in eine Kaltwasserheilanstalt!

Russenknechte.

Die „Hamburger Nachrichten" machen den Vorschlag die Bestimmungen des Strafgesetzes zu erweitern und zu verschärfen, um zu verhüten, daß ein auswärtiger Regent während seiner Anwesenheit von der sozialdemokratischen Presse beschimpft werden kann. Nach den jetzt geltenden Strafbestimmungen kann wegen Beleidigung eines ausländischen Fürsten Bestrafung eintreten und zwar von einer Woche bis zu zwei Jahren Gefängnis oder Festung. Voraussetzung aber ist, daß der Beleidigte Strafantrag stellt. Dieser Fall kam bisher nur außerordentlich selten vor. Der verstorbene König Leopold von Belgien brachte es seinerzeit fertig, gegen einen Redakteur des „Hamburger Echo" Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen und hatte die Genugtuung, zu sehen, wie ein deutsches Gericht einen deutschen Redakteur deshalb verurteilte, weil er einen Teil von dem in seiner Zeitung wiedergab, was die belgische Presse anstandslos berichtet hatte. Vor einem belgischen Gericht würde König Leopold kaum eine Verurteilung erzielt haben, deshalb hat er dort auch gegen die Blätter nichts unternommen, in denen er angegriffen worden war. Die „Hamburger Nachrichten" treten nun dafür ein, daß das Strafgesetz erweitert und verschärft wird und zwar soll dies sofort geschehen, denn man dürfe nicht damit bis zur Einführung des neuen Strafgesetzbuches warten. Selbstverständlich ist die „Deutsche Tageszeitung" für diesen Vorschlag Feuer und Flamme, sie findet es tief beschämend und für den monarchistischen Gedanken und die Monarchie im allgemeinen sehr gefährlich, wenn im Deutschen Reich der Monarch eines benachbarten Landes als gekrönter Verbrecher bezeichnet werden kann. Die „Deutsche Tageszeitung" will es den maßgebenden Stellen anheimgeben, ob nicht eine sofortige Verschärfung der Strafbestimmungen vorgenommen werden könne.

Ein neuer Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen.

Von einer dem Bundesrat nahestehenden Seite will die „National-Zeitung" erfahren haben, daß dem preußischen Staatsministerium in seiner letzten Gesamtsitzung ein vollständig umgearbeiteter Entwurf über die elsaß-lothringische Verfassung vorgelegen hat und auch Annahme fand. Der neue Entwurf bringe bezüglich des Wahlrechts zur Zweiten Kammer und der Zusammensetzung der Ersten Kammer wesentlich neue Vorschläge. Eine Vertretung im Bundesrat ist den Elsaß-Lothringern auch im neuen Entwurfe nicht zugedacht. Die neue Vorlage geht nun zunächst an die Regierungen der Einzelstaaten und soll im November dem Bundesrat unterbreitet werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 26. September.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonie-bauten in Kücknitz sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Berlies, Ecke Rotlöscherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Achtung Stukkateure! Die Differenzen bei der Firma Friedr. Faber sind aufgehoben. Bei Zug-, Glätt-, Stuck- und Fassadenarbeit ist der Hamburger Tarif anerkannt; bei allen übrigen Arbeiten ist der Lübecker Tarif maßgebend.

Der Vorstand.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Wie uns mitgeteilt wurde, sollen sämtliche Arbeitswillige der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft am Mittwoch, dem 28. September ausquartiert werden. Wir möchten nun die Einwohner Lübecks, sowie Wirte und Herbergen darauf aufmerksam machen, daß sie in ihrem eignen Interesse sowie zu ihrer eignen Sicherheit sich bei Vermietungen sowie Einquartierung überzeugen, was für Personen sie vor sich haben. Denn nach den vorgekommenen Exzessen vom Sonnabend zu Sonntag zu urteilen, sind diese Leute zu allem fähig und zu Gewalttätigkeiten und schweren Provokationen zu jeder Zeit bereit.

Die Streikleitung.

* * *

Verhandlungen zwischen der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und dem Verbande der Metallindustriellen fanden gestern in Berlin statt. Die strittigen Fragen wurden eingehend besprochen, jedoch keine Beschlüsse gefaßt. Heute findet eine Konferenz zwischen den Werftbesitzern und dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes statt. Morgen sollen dann gemeinsame Besprechungen dieser drei Interessengruppen abgehalten werden, von deren Ergebnis das Ende oder die Fortsetzung und Ausdehnung des Kampfes abhängt.

Wie sie lügen! Wahrheitsliebe ist noch niemals eine Tugend der bürgerlichen Presse gewesen. Im Gegenteil: Schwindel und Verleumdungssucht klingen aus zahlreichen ihrer Geistesprodukte heraus, namentlich wenn dieselben sich mit der Arbeiterschaft resp. Arbeitskämpfen befassen. Der Kampf auf den Werften, der von den Kapitalisten in leichtfertiger Weise heraufbeschworen worden ist, hat eine förmliche Schmutzflut von Verleumdungen zur Folge gehabt, die sich gegen die Ausgesperrten richtete. Natürlich sind die bürgerlichen Blätter Lübecks in der Irreführung der öffentlichen Meinung nicht hinter ihren auswärtigen Vorbildern zurückgeblieben, sondern sie haben sie gar noch übertrumpft. Als Beispiel dafür, wie's gemacht wird, mögen Meldungen der reaktionären Zeitungen über die Mordversuche, die Streikbrecher in der Nacht zum Sonntag auf unbewaffnete Einwohner unserer Stadt unternahmen, dienen. So lügt die Lübecker „Eisenbahn-Zeitung" ihren Lesern gestern abend folgendes vor:

Eine Schlacht zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Schwere Ausschreitungen haben sich hier in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignet. Es kam zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden, bei welchen eine ganze Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurden und ein starkes Schutzmannsaufgebot erst durch den Gebrauch des Säbels Ruhe schaffen konnte. Wie wir schon meldeten, hat die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft in den letzten Wochen aus dem Rheinland Arbeitswillige bekommen. Diese haben auf dem Werke Unterkunft und am Sonnabend abend tat sich ein Teil zu einem Bummel durch die Stadt zusammen. Um etwaige Belästigungen oder gar Angriffe seitens der Streikenden abwehren zu können, hatten sich diese Leute teils Revolver, teils Gummischläuche und Handstöcke mitgenommen. Sie kehrten zuerst in der Klüssendorffschen Wirtschaft ein und als sie von hier aus sich nach der Clemenstwiete begaben, wurden sie von Streikenden verfolgt. Es dauerte auch gar nicht lange, so entspann sich hier eine Schlägerei, wobei auch ein Schuß fiel. Sofort griff die Polizei ein und trieb die beiden Parteien nach der Untertrave. Anscheinend sollte jetzt Ruhe eintreten. Die Arbeitswilligen betraten nun ein dort gelegenes Konzertlokal und als die Streikenden die übrigen Gäste darauf hinwiesen, daß die Eingetretenen Streikbrecher seien, ergriffen auch die Gäste gegen die Rheinländer Partei und die Folge war wieder eine Holzerei auf der Straße, bei welcher mehrere Streikende arg zugerichtet wurden, da sich die Arbeitswilligen in der Mehrzahl befanden. Auch hier mußte die Polizei wieder eingreifen. Von der Untertrave begab sich der Trupp Arbeitswilliger nach dem in der Johannisstraße belegenen Luckmannschen Lokal, wo die Brandfackel von neuem entfachte. Es wurde ins Lokal gerufen, der Wirt möge den Leuten nichts verabfolgen, weil es Streikbrecher seien, und in der Johannisstraße unter den Fenstern der Kriminalpolizei entspann sich dann ein regelrechter Kampf. Schüsse fielen von hüben und drüben, man wurde handgemein, die Stöcke sausten auf die Köpfe hernieder. Aber auch die Polizei war wieder zur Stelle, und da Zureden nichts half, wurde blank gezogen und dazwischen gehauen, so lange, bis die Straße gesäubert war. Ein Teil sowohl der Arbeitswilligen wie der Streikenden flüchtete nach der Beckergrube und hier sollte das Pulsche „Universum" der Schauplatz neuer Kampfszenen sein. Von beiden Parteien trafen hier wieder Leute zusammen. Zwei Streikende schlugen einen Arbeitswilligen ins Gesicht und als man gegen die Täter vorgehen wollte, flüchteten diese in den Keller. Die Arbeitswilligen folgten, aber sofort fielen aus dem Keller Schüsse, die von den Streikenden abgegeben waren und von denen einer einen der Verfolger namens Buschow in die Schulter traf. Die Kugel prallte aber ab, sodaß eine allzu schwere Verletzung nicht zu konstatieren ist. Man hätte nun glauben sollen, daß endlich Ruhe eintreten werde. Aber noch einmal mußte die Polizei, und zwar durch starkes Aufgebot, ernstlich eingreifen. In der Clemenstwiete drohte nochmals der Ausbruch neuer Kämpfe, und die Schutzleute hieben nun mit der blanken Waffe so lange drein, bis sie alle Beteiligten über die Drehbrücke vertrieben hatten. Daß dabei eine ganze Anzahl Personen Verletzungen erlitten hat, ist erklärlich. Aber auch durch die Schlägereien untereinander haben sowohl Arbeitswillige wie Streikende mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen. Das Finale dieser Schlacht war dann noch eine Hauerei der Arbeitswilligen unter sich in der Karlstraße, zu welcher Streitigkeiten den Anlaß gaben, wer von ihnen wohl geschossen habe. Die Polizei hat gestern 12 Arbeitswillige verhaftet, es stehen aber noch weitere Festnahmen bevor, da man verschiedener Personen noch nicht habhaft werden konnte. Die Schuld an den Exzessen dürfte beiden Parteien zur Last fallen. Die Streikenden haben die Arbeitswilligen nicht in Ruhe gelassen und die letzteren haben, wie es den Anschein hat, bei jedem Anlaß sofort dreingeschlagen."

Zu diesem Bericht ist zu bemerken, daß Streikende an dem ganzen Vorfall überhaupt nicht beteiligt sind. Demzufolge ist es auch aus den Fingern gesogen, daß Streikende die Arbeitswilligen nicht in Ruhe gelassen haben. Es ist ferner eine blanke Lüge, daß von Streikenden Schüsse abgegeben wurden. Waren keine Streikende da, so konnten sie selbstverständlich auch nicht schießen. Dagegen ist festgestellt, daß die Streikbrecher auf den am Streik gänzlich unbeteiligten Zimmerer Buschow zwölf Schüsse abgegeben haben, von denen einer B. an der Schulter verletzte. Mit der Tatsache, daß Streikende bei den schweren Ausschreitungen der Arbeitswilligen überhaupt nicht zugegen waren, fällt auch das übrige Lügengebäude in sich zusammen. Der ganze Artikel der „Eisenbahn-Zeitung" ist nichts als eine infame Hetze gegen die kämpfenden Werftarbeiter. Er ist um so verabscheuungswürdiger, als er nur glatt erfundene Verleumdungen enthält und dazu dienen sollte, ehrliche Arbeiter in den Augen des Bürgertums als Banditen hinzustellen. Wer auf Sauberkeit hält, wird eine Zeitung, die in solcher Weise vorgeht, aus dem Hause werfen. Das gilt besonders für Arbeiter, die sich doch für ihr Abonnementsgeld nicht noch besudeln lassen wollen.

Auch die „Lüb. Anz." schwindeln davon, daß sich die Exzesse zwischen Streikenden und Arbeitswilligen abgespielt hätten. Dabei muß das Blatt zum Schluß selber melden: „Mit dem Säbel in der Faust, und, wenn's nicht schnell genug vorwärts ging, auch mit kräftigen Hieben, trieben dann die Schutzleute die Arbeitswilligen vor sich her über die Trave nach ihren Wohnungen in den Gebäuden der Maschinenbau-Gesellschaft. Während des Sonntags hielt ein Polizeiwachtmeister mit 20 Schutzleuten die Räume der Maschinenbau-Gesellschaft besetzt, und gegen Mittag wurden an 20 Arbeitswillige, die der Teilnahme an den nächtlichen Kämpfen und des Gebrauches des Re-

volvers dringend verdächtig waren, in Gefangenentransportwagen dem Untersuchungsgefängnis zugeführt." Wenn tatsächlich Streikende an den Ausschreitungen beteiligt gewesen wären, so hätte die Polizei sicherlich nicht gerade die Arbeitswilligen zu Paaren getrieben und verhaftet. Das dürfte auch dem blödesten Spießer einleuchten. Wäre es dem Amtsblatt nur darum zu tun gewesen, der Wahrheit die Ehre zu geben, so hätte es sich leicht beim Polizeiamt nach dem Vorfall erkundigen können. Die Auskunft, die es dort erhalten hätte, würde sich aber nicht zur Verdächtigung der Streikenden verwerten lassen. Deshalb ist auch davon wohl Abstand genommen worden.

Weitere Verhaftungen der arbeitswilligen Revolverhelden. Wie wir erfahren, sind zwei weitere Hauptbeteiligte an den Exzessen der Streikbrecher verhaftet worden. Die Untersuchung wird wohl noch mehrere dieser nützlichen Elemente mit dem Strafrichter bekannt machen.

Güterrechtsregister. Am 24. September 1910 ist bezl. der Ehen 1. des Maschinenschlossers F. C. W. Wegener und P. D. A. geb. Thielke in Lübeck. 2. des Arbeiters J. H. F. Burmeister und D. S. E. geb. Müthling in Lübeck eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Handelsregister. Am 24. September 1910 ist bei der Firma: 1. Oscar Müller in Lübeck, 2. F. C. Wulf in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

pb. **Entwendete Uhr.** Am 26. d. Mts., nachmittags, ist einem, am Wege von Fackenburg nach hier eingeschlafenen, betrunkenen Stellmachergesellen eine Nickel-Remontoir-Uhr mit gelber Metallkette aus seiner Westentasche abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Uhr trägt die Fabriknummer 19.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag gelangt der erfolgreiche Schwank „Die Erbtante" von Ernst Albert zur Aufführung.

Neues Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen Mittwoch kommt außer Abonnement bei kleinen Preisen vielseitigen Wünschen entsprechend Leo Falls erfolgreiche Operette „Der fidele Bauer" zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag gelangt Aubers große Oper „Die Stumme von Portici" zur Wiederholung. — In Vorbereitung befindet sich Richard Wagners große Oper „Tannhäuser".

Hamburg. Streik der Cafekellner. Sonntag abend 10 Uhr, als die Hamburger Cafes zum größten Teil stark besucht waren, geschah zur Überraschung der Gäste wie der Wirte etwas gänzlich Unerwartetes. Sämtliche Kellner stellten einmütig die Arbeit ein. Dem Publikum blieb, nachdem es sich von seinem Schreck erholt hatte, weiter nichts übrig, als entweder nach Hause zu gehen oder sich selbst zu bedienen. Auf diese Weise kam mancher gewerbsmäßige Nichtstuer dazu, wenigstens einmal etwas zu tun. Bezeichnenderweise fragten die meisten Cafebesucher nicht danach, weshalb die Kellner streikten, sondern nahmen ohne weiteres gegen sie Partei. Im Cafe Wallhof, wo ein Gast für die Kellner einzutreten versuchte, geschah das nur mit dem Erfolg, daß er an die frische Luft gesetzt wurde. Die großen Cafes in der Nähe des Hauptbahnhofs waren übrigens genötigt, infolge des Streiks ihren Betrieb vorübergehend zu schließen. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Cafetiers den Arbeitsnachweis der Kellner boykottieren wollen.

Kiel. Havarie. Gestern abend gegen 9 Uhr sind die Torpedoboote „S 67" und „S 69" in der Nähe des Friedrichsorter Leuchtturmes auf Grund geraten. Einzelheiten fehlen.

Otterndorf. Großfeuer. In der Nacht zum Montag kam in der Kornscheune des Hofbesitzers Heinrich v. Seeth ein Feuer zum Ausbruch, durch das die Scheune, das Wohnhaus und ein Nebengebäude eingeäschert wurden, wobei die ganze Ernte, 12 Kälber, der Hofhund und das Inventar verbrannten. Sämtliche Feuerwehren aus Otterndorf und der Umgegend waren zur Stelle, konnten jedoch nur ein Nebengebäude retten.

Schwerin. Bootsunglück. Bei dem stürmischen Wetter am Sonnabend nachmittag lagen vier Schüler dem Segeln auf dem Schwerin-Ostorfer See ob. Eine Bö brachte das Boot zum Kentern. Während v. Rosenberg-Gruszinsky (Sohn des Generalmajors v. R.), Freiherr v. Gillern (Sohn des Obersten Freiherrn v. G.) und Erwin Röpcke (Sohn einer hiesigen Witwe) sich durch Schwimmen an Land retteten, ertrank der Schüler Negnal, der Sohn des hiesigen Kaufmanns Negnal. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Kröpelin. Tödlicher Jagdunfall. Der Rittergutsbesitzer von Storch, Detershagen, wollte sich zur Jagd auf Hochwild begeben. Auf der Chaussee nahm er sein Gewehr von der Schulter, um es zu sichern. Hierbei berührte er den Abzugshahn, der Schuß entlud sich, und die Kugel drang ihm bei der Schulter in den linken Oberarm. Der Verunglückte wurde in das nahe Herrenhaus gebracht, wo er trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nach wenigen Stunden starb.

Burg a. F. Endlich! Der „Vorwärts" schreibt: Endlich holt die preußische Regierung ihr unentschuldbares Versäumnis nach und geruht, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß das Dienstmädchen Josepha Ciaston aus der Haft entlassen ist. In der Scherlpresse wird gemeldet:

über das Schicksal der galizischen Dienstmagd Josepha Ciaston, die in Fehmarn monatelang in Polizeihaft gehalten worden ist, erfahren wir, daß die Ciaston seit länger als Monatsfrist bereits aus der Polizeihaft entlassen ist. Regierungsseitig wird anerkannt, daß hier ein bedauerlicher Mißgriff vorliegt, und es wird Sache der bekanntlich schon eingeleiteten Untersuchung sein, festzustellen, welcher Instanz die Schuld an dem Vorgang beizumessen ist. An den einschlägigen Bestimmungen selbst dürfte infolge dieses Vorkommnisses nichts geändert werden, da die Bestimmungen nicht nur aus nationalen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen erlassen sind, um den deutschen Arbeitsmarkt nicht durch seßhaft werdende billigere ausländische Arbeitskräfte drücken zu lassen.

Also seit einem Monat ist das unglückliche Mädchen schon aus der Haft entlassen worden. Und das konnte die amtliche Berliner Korrespondenz, als sie am 30. September ihre Erklärung über den Fall brachte, nicht mitteilen! Ist das Gedankenlosigkeit oder Herzlosigkeit? Glaubten die Herren an den grünen Tischen, daß sich kein Mensch dafür interessiere, ob das Mädchen noch in Haft sei? Glaubten sie, das sei der Öffentlichkeit ganz gleichgültig, da es sich doch nur um ein Dienstmädchen handelt? Oder interessiert sie das Schicksal des bedauernswerten Opfers der preußischen Bureaukratie so wenig, daß sie sich bei der Abfassung jener Notiz gar keine Gedanken darüber gemacht haben, ob für das Publikum nicht das Wichtigste die Haftentlassung sei? Acht Monate hat also die Haft des Dienstmädchens gedauert! Hoffentlich wird nun die Untersuchung einigermaßen beschleunigt, damit die Schuldigen wegen Freiheitsberaubung ihrer verdienten Strafe überantwortet werden können. Zu dem Schluß der Scherlpressenotiz ist zu bemerken, daß es blanker Schwindel ist, wenn da behauptet wird, daß die Bestimmungen über die zeitweise Rückkehr der ausländischen Wanderarbeiter in ihr Heimatland auch deswegen erlassen seien, „um den deutschen Arbeitsmarkt nicht durch seßhaft werdende billigere ausländische Arbeitskräfte drücken zu lassen". Gerade dieser Zwang zur zeitweisen Rückkehr ins Heimatland hält die ausländischen Arbeiter in nationaler Absonderung und Bedürfnislosigkeit, verhindert ihre Gewinnung für gewerkschaftliche Organisationen und erhält sie so als Lohndrücker! Ausländische Streikbrecher und Lohndrücker sind der preußischen Regierung stets willkommen und ihre Organe betätigen sich oft genug gegenüber Ausländern als Streikbrecheragenten, wie erst in diesen Tagen wieder ein Fall in Berlin bewiesen hat, wo ein russischer Arbeiter ausgewiesen wurde, nachdem er den bezeichnenden Rat eines Polizeibeamten, nach Kiel zu gehen, um den ausgesperrten Werftarbeitern in den Rücken zu fallen, nicht befolgt hat!

Geesthacht. Zwei Personen ertrunken. Ein dem Fährmann H. Felthig gehörendes, mit Bruchsteinen beladenes Fährboot, das sich im Schlepptau einer Barkasse befand, um nach Marschacht befördert zu werden, schlug bei der Einfahrt in den Geesthachter Hafen voll Wasser und sank in die Tiefe. Leider sind die beiden Dienstknechte des Hufners Wenck, für den die Bruchsteine bestimmt waren, mit in die Tiefe gerissen worden und ertrunken.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Försterchristl", Operette in 3 Akten von G. Jarno. Die Leitung unserer städtischen Bühne hat eine glückliche Wahl getroffen, da sie als erste Operettenneuheit „Die Försterchristl" herausbrachte. Wenn auch in dieser Operette wohl niemand eine besondere künstlerische Tat erblicken wird, so muß man doch anerkennen, daß sie in mancher Beziehung die meisten ihrer gleichaltrigen Schwestern nicht unwesentlich überragt. Schon das Libretto ist erheblich besser, als man es sonst gewohnt ist. Man hat auf den üblichen zotigen groben Unfug verzichtet, und an dessen Stelle eine kleine harmlose Handlung gesetzt. Gern folgt man den Vorgängen auf der Bühne, trotzdem die beigemischte Dosis Sentimentalität etwas gar zu reichlich bemessen ist. Die Musik ist leichtflüssig und weist einige recht sangbare Melodien auf, die bald auch in Lübeck populär sein werden. Auf auffallende, grobe Effekte wird nirgends hingearbeitet, die Grenzen des Gefälligen stets innegehalten.

Die Wiedergabe der Operette war durchaus gelungen. Herr Blumann, unser neuer noch jugendlicher aber temperamentvoller und umsichtiger Kapellmeister, leitete die Aufführung mit dem nötigen musikalischen Feingefühl. Herr Fuchs als Regisseur hatte für ein lebendiges Zusammenspiel und eine hübsche Ausstattung gesorgt. In der Titelrolle erhielt die Soubrette Frl. Thornegg Gelegenheit, sich von ihrer besten Seite zu zeigen. Sie gab die Försterchristl so resolut, drollig und humorvoll, daß man sich uneingeschränkt daran erfreuen konnte. Auch gesanglich wurde die Künstlerin ihrer dankbaren Aufgabe durchaus gerecht. Vortreffliche Leistungen boten ferner die Herren v. Schenck, Heydecker, Haas und Stahl-Nachbaur. Die wohlabgerundete Vorstellung fand mit Recht den lebhaften Beifall des Publikums. P. L.

Standesamtliche Nachrichten

vom 18. bis 24. September 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

11. September. Arbeiter H. A. E. Lüttjohann. 15. Maschinenbauer F. Kowalski. Arbeiter Chr. G. M. Kellberg. Schlossermeister H. P. H. Stallbaum. Kellner F. K. Wunderlich. 16. Tapezierer H. J. Chr. W. F. Warnemünde. Agent Th. F. J. Qualmann. 17. Arbeiter H. A. W. Gerhart. Paketfuhrmann K. H. W. Petersen. 18. Bierfahrer H. J. A. Nupnau. Arbeiter W. J. Chr. Muxfeldt (Vorwerk). 19. Arbeiter F. J. E. H. Evers. Arbeiter H. E. A. C. Heiden. 21. Lagerarbeiter Th. C. F. Nehlsen. 22. Tischler G. A. Puszicha. Tischler W. H. F. Niemann. Arbeiter E. H. W. Tidow. (Zwillinge.)

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

11. September. Schuhmacher O. H. A. Sauck. 13 Tischler C. A. G. Riessdorf. Arbeiter F. W. G. Voss. Arbeiter J. A. H. Klötzing. Kutscher C. F. H. Piper. 16 Schlosser G. K. J. Korth. Kassenbote R. Tillis. Lehrer H. Chr. A. Dose. 17. Former H. W. C. Roocks. 18. Parkettleger A. H. Tietz. Dienstmann C. F. H. Evert. 19. Revierjäger K. L. A. Wolter (Gudow). 20. Frucht- und Gemüsehändler H. W. Chr. Meyer. Maurer L. J. F. Meyer. Elektrotechniker E. Chr. Rössig. 21. Arbeiter Chr. F. J. Jabs. Fabrikarbeiter G. O. Freitag (Vorwerk). Former F. W. Blüthchen. Drogist Chr. H. W. Jensen. 22. Bereiter E. F. J. H. Lühr. Arbeiter J. F. R. Dührkoop. Arbeiter J. Chr. H. Fedder. 23. Arbeiter C. J. H. Gerling. Gärtner H. W. Burkhardt. Kutscher H. J. J. P. Eulert.

Angeordnete Aufgebote.

14. September. Tischler J. H. F. Eggers und A. C. B. Eckermann in Grabau. 19. Schiffszimmermann M. Larsch in Hamburg und A. A. Losch. Kriminal-Schutzmann F. W. Neumann und E. H. D. Wolf in Hamburg. Arbeiter K. H. A. Kost und H. K. Chr. Hutzfeldt in Rastorfer-Vassau. Schuhmacher H. W. J. E. Voß und A. W. M. Hamann. Kutscher H. A. W. Reink und A. L. Chr. Haase in Suckow. Arbeiter W. L. F. Meyer in Fackenburg und A. M. E. Wieck. 20. Maurer Fr. H. A. O. Spiering und A. D. Fr. Tamm, beide in Bremen. Arbeiter J. H. A. Beckmann und L. E. M. B. Blieffert. Butterhändler F. H. M. Bruhn und E. M. C. Wiegers. Arbeiter K. F. Chr. Lemke in Moisling und E. W. Ch. Krippgans. Arbeiter H. P. M. Paasch und W. C. P. F. Haertel. Kutscher P. W. M. Robowsky und M. C. M. Niemann. Kaufmann P. Th. C. G. L. Schmoldt und E. A. M. Steen. Zimmermann E. J. H. Schumann und Ch. E. A. W. Warnke. Kellner O. Fr. S. Siemßen und A. M. E. Eulert. Maurer F. H. H Stender und W. M. Sültmann. Hausdiener Th. J. L. A. F. Badersen und W. C. F. Zachow. Lehrer C. Chr. L. Voß in Altona und C. M. J. Karstedt. 21. Dekorateur Fr. H. J. Paulsen und M. A. Fr. E. Erlansson in Harburg. Maschinist M. W. Weidmann und J. F. A. Gän in Rostock. Techniker H. Fr. Peters in Essen a. d. R. und A. M. E. Meyer. Uhrmacher Fr. E. Buck und M. S. C. Boysen. Buchhalter F. Fr. H. H. Wittwer und M. A. D. Trilk. Schmied C. H. L. Wulf und K. W. S. M. Brandt, beide in Grevesmühlen. 22. Hausdiener H. P. F. E. Heiden in Travemünde und A. M. E. D. Evers in Lüdersdorf. Arbeiter A. L. M. Trete und J. F. D. Schmidt in Schwartau. Tischler P. Schuldt und E. S. Ch. Söder. Zimmermann E. A. Burmeister und M. H. W. F. Borgert. Zigarrenmacher O. F. Fenner und H. E. J. Lehmann. Bäcker W. H. K. Utech und M. H. F. Haase. Eisenbahn-Diätar J. P. Lorentzen und Chr. M. C. E. Ohlsson. 23. Schneidermeister W. C. A. Rosenhaeger in Farmsen und M. S. C. Bahrs. Arzt Dr. med. F. A. Eschenburg und G. Gaeden. Tischler R. H. F. Albrecht und D. C. C. Beeth. Lokomotivhilfsheizer J. C. L. Koop und W. S. E. Dorendorf gen. Witt. 24. Friseur E. H. E. Augustin und E. W. P. Klaßen in Hamburg. Zimmermann Ad. Chr. C. Jirasek und C. M. A. E. Hering. Kaufmann H. H. W. J. Appel und C. A. Ch. Fr. Dahms.

Eheschließungen.

19. September. Straßenbahnwagenführer W. Graner und A. D. M. Dabelstein. 20. Geschäftsführer L. W. A. Holst und P. H. Hilpert. Disponent C. A. Th. F. J. Menges und E. Klempau. Arbeiter Aug. Fr. Kerwat in Nieder-Kjestrup und E. Gotzheim. 21. Amts-Assessor Dr. jur. E. P. L. F. Ehlers in Boizenburg und Th. Fr. P. Broll. 22. Schutzmann J. O. Vilkahn und S. D. M. Herr. 23. Bureaugehilfe beim Polizeiamt Fr. F. H. H. Schümann und A. M. L. C. Freitag. Maler J. E. W. Weber und Witwe H. Carlsson geb. Bendrick. 24. Arbeiter J. Chr. J. Steinfatt und F. M. A. Schwede. Arbeiter E. J. D. Tretow und M. D. Voß. Bote J. Persson und P. C. W. Stölting. Gärtner K. Klingner und M. E. M. Köhn. Nieter H. F. W. Westphal und M. W. L. Janicki. Schiffsoffizier K. H. G. Rögner und A. M. M. Kunkels.

Sterbefälle.

18. Sept. F. A. L. Burlaga, 20 T. C. J. S. geb. Walckhoff, Witwe des Buchhalters H. J. Puck, 74 J. Tischler W. F. J. Meyer, 76 J. 19. Tischlermeister H. F. H. Kröger, 57 J. A. J. F. Knoth, 2 M. F. A. L. Mathiessen, 1 M. 20. A. geb. Ehlers, Witwe des Hauptlehrers B. H. F. Hennings, 59 J. M. S. D. geb. Reyer, Witwe des Schuhmachermeisters C. F. H. Krogmann, 81 J. H. S. T. Brücher, 5 M. A. D. F. geb. Lau, Ehefrau des Arbeiters A. H. E. Wenck, 67 J. Gutsinspektor A. O. K. Harm, 60 K. (Hanshagen). 21. R. E. Ch. L. Barten, 1 M. K. M. D. Mathiessen, 1 M. 22. R. M. geb. Utermöhl, Ehefrau des Landmannes H. F. Niemann, 55 J. E. L. A. geb. Schmidt, Ehefrau des Wäschereibesitzers A. A. H. Malchow, 51 J. B. A. Vielfeld, 10 J. 23. Ein totgeb. Knabe, V.: Hausdiener H. H. J. Buck. M. D. geb. Schlichting, Ehefrau des Arbeiters F. H. Oldenburg, 63 J. 24. Versicherungsinspektor a. D. G. F. B. Demme, 63 J.

Soziales.

Warnung vor einer Privatkrankenkasse. Der Regierungspräsident in Potsdam warnt in einer öffentlichen Bekanntmachung vor dem Beitritt zur „Justitia", Kranken- und Begräbniskasse für Deutschland in Breslau, die unter dem 16. Oktober 1906 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassen worden ist. Nach den der Aufsichtsbehörde eingereichten Rechnungsabschlüssen der Jahre 1908 und 1909 hat die Kasse nur einen unverhältnismäßig geringen Teil der vereinbarten Beiträge und Eintrittsgelder, nämlich 20,1 Prozent im Jahre 1908 und 24,4 Proz. im Jahre 1909 zur Erfüllung der ihr obliegenden Leistungen, dagegen 70,7 Proz. bezw. 70,8 Proz. für Verwaltungskosten aufgewendet. Die Verwaltungskosten bestehen vorwiegend in Ausgaben für den Geschäftsführer, die Kassenbeamten, Kassenkontrolleure und sonstige Kassenvertreter. Durch den Hinweis auf dem Titelblatt des Statuts, daß sie unter staatlicher Oberaufsicht steht, sucht die Kasse nach außen hin den Anschein zu erwecken, daß die Versicherungsbedingungen günstige sind, während die Statuten in Wirklichkeit derart scharfe Bedingungen enthalten, daß die Kasse fast in jedem Falle die Erfüllung ihrer Verpflichtungen verringern kann.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Karlsruher Stadtrat beschlossen, eine Zählung der Arbeitslosen vornehmen zu lassen. Ferner sollen Arbeiten, die für nächstes Frühjahr geplant sind, schon jetzt in Angriff genommen werden, darunter wird vor allem gedacht eine Erweiterung des Schlacht- und Viehhofes.

Viel Syphilis — viel Ärztehonorar! Das scheint die Losung mancher Ärzte zu sein! Diese stehen, wie es scheint, der Erfindung des Professors Ehrlich: Ehrlich-Hata 606, die die furchtbare Syphilis erfolgreich bekämpfen soll, mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Sie sehen in diesem Segen für die Menschheit einen Feind, der ihnen die Honorare schmälert und für sie ist die einzige Sorge, wie sie immer noch möglichst viel Profit aus der Geschichte herausschlagen können. In einer ganzen Reihe bürgerlicher Zeitungen wird — wahrscheinlich auf Einsendung von Ärzten — der Zusammenschluß von Ärzten gefordert zu dem Zweck, das Mittel Ehrlich-Hata 606 nicht unter 50 Mk. pro Einspritzung bei Kranken anzuwenden. „Begründet" wird diese „hohe und ideale Auffassung des ärztlichen Berufs" durch die Erklärung, „daß die Ärzte durch die Wirkung des Mittels um einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens, den sie bisher aus der Behandlung Syphiliskranker gezogen hätten, gebracht würden". In einer Zuschrift an das „Hamburger Fremdenblatt" aus Ärztekreisen wird ausgeführt: Aus der Tatsache, daß jährlich etwa 3000 Personen in Deutschland an syphilitischer Paralyse sterben, könne auf die ungeheure Verbreitung der Syphilis geschlossen werden. Daraus wieder erkenne man, einen wie hohen Prozentsatz die Syphiliskranken unter den Patienten der Ärzte stellten. Wörtlich heißt es dann weiter: „Nimmt man nun den verhältnismäßig günstigen Fall an, daß die völlige Genesung des Kranken möglich war, so erfordere dies in jedem Falle eine Behandlung, die sich auf mindestens drei bis fünf Jahre erstreckte. Während dieser Zeit brachte der Patient dem behandelnden Arzt mindestens 300 bis 500 Mark ein. Wie erwähnt, ist hier der günstigste Fall angenommen. Oft wurde nach dieser Zeit keine Heilung erzielt, und die Krankheit nahm einen chronischen Verlauf, der sich auf Jahrzehnte erstreckte. In diesen Fällen bedeutete der Patient vom wirtschaftlichen Standpunkte aus für den Arzt noch eine wertvollere Einnahmequelle. Durch das Ehrlichsche Heilmittel wird aber die Kur von einer Reihe von Jahren auf einen einzigen Augenblick, nämlich den, in dem die Injektion mit „606" erfolgt, reduziert. Der Arzt, der bisher von seinem Patienten mehrere Jahre hindurch eine Einnahme von durchschnittlich 100 Mk. jährlich bezog, sieht sich in Zukunft einzig und allein durch das Honorar vergütet, das er dem Patienten für die Injektion mit „606" anrechnen darf. Während heute für die Einspritzung mit dem Mittel noch Phantasiepreise gezahlt werden, die zwischen 300 Mk. und 1000 Mk. schwanken, wird naturgemäß der Preis für eine Einspritzung bei allgemeiner Überlassung des Mittels an die Ärzteschaft ganz erheblich sinken. Die Höchster Farbwerke geben das Präparat heute für etwa 4 Mk. ab. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß, wenn keine anderen Vereinbarungen innerhalb der Ärztewelt getroffen werden, der Arzt die Einspritzung für 7—10 Mk. würde ausführen können. Früher 500, heute — 10 Mk.! Zu welchen wirtschaftlichen Folgen eine solche Differenz führen muß, liegt besonders in heute auf

den Hautarzt, dessen Klientel sich zu 75 Proz. aus Syphiliskranken rekrutiert, klar auf der Hand. Es erscheint deshalb dringend geboten, daß, ehe noch Professor Ehrlich sein Mittel den Apotheken übergibt, irgend etwas geschieht, um die Ärzteschaft vor der schweren Schädigung, die ihr droht, zu bewahren. Es könnte dies vielleicht in dem Sinne erfolgen, daß sich jeder Arzt, dem das Mittel ausgehändigt wird, verpflichtet, keine Injektion für weniger als 50 Mk. vorzunehmen. In jedem Falle aber muß rechtzeitig etwas geschehen, wenn der Segen der Ehrlichschen Erfindung für viele Tausende von Ärzten nicht zu einem Fluch werden soll." Wir haben im allgemeinen nichts dagegen, daß die Ärzte die materiellen Interessen ihres Berufs wie jeder andere Gewerbetreibende wahren. In diesem Falle würde aber mit dem Unglück und dem Elend vieler Tausende unverschämter Wucher getrieben, gegen den der menschlicher empfindende Teil der Ärzteschaft im Interesse des Ansehens ihres Standes doch energisch Front machen sollte. Und wie stimmt denn diese rein geschäftliche Auffassung des Ärzteberufes überein mit den hohen Idealen, von denen immer geredet wird, wenn es sich darum handelt, Sonderprivilegien für die Ärzte vom Staate zu verlangen?

Aus dem Gerichtssaal.

Ein reichsverbändlerischer Schwindel wurde am letzten Sonnabend vor dem Leipziger Gericht beleuchtet. Wegen verleumderischer Beleidigung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Max Heldt in Chemnitz stand vor dem Landgericht Leipzig der Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Dr. Grautoff. Er hatte behauptet, Genosse Heldt habe versucht, das amtliche Stenogramm des sächsischen Landtages insofern zu beeinflussen, als er einen häßlichen Zwischenruf gestrichen haben wollte. Im Landtag wurde am 5. April ds. Js. durch den Präsidenten festgestellt, daß Genosse Heldt sich lediglich auf dem Landtagsbureau erkundigt hatte, wer seinen Namen neben dem Zwischenruf nachträglich mit einem Bleistift hineingeschrieben habe. Der Präsident konstatierte ausdrücklich, daß von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten ein Versuch gemacht worden sei, das Stenogramm zu beeinflussen. Trotz dieser öffentlichen Klarstellung blieb Grautoff in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" bei der Behauptung stehen, Heldt habe versucht, das Stenogramm zu beeinflussen. Die sozialdemokratische Fraktion ermächtigte daraufhin Genossen Heldt, den standhaften reichsverbändlerischen Schwindel durch gerichtliches Verfahren zu entlarven. Daher die Klage gegen Grautoff wegen verleumderischer Beleidigung Heldts. Die Zeugenaussagen zweier Beamter des stenographischen Landesamts ergaben, daß Genosse Heldt keinerlei Versuch zur Beseitigung des Zwischenrufes gemacht habe, sondern daß es ihm lediglich darum zu tun war, zu erfahren, wer seinen Namen in das Stenogramm geschrieben hatte. Das Gericht legte indessen allein auf die Bekundung eines Hilfsstenographen Gewicht, der behauptete, Genosse Heldt habe ihm gegenüber überhaupt geleugnet, den Zuruf gemacht zu haben. Hierin erblickt das Gericht tatsächlich einen Versuch zur Beeinflussung und sprach den Angeklagten frei. Der Staatsanwalt hatte Verurteilung beantragt.

Genossenschaftsbewegung.

Rabattsparvereine als Feinde der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" konnte in ihrer Nr. 27 vom 2. Juli 1910 feststellen, daß der Rabattsparverein Stettin Bäckermeister, die ihm als Mitglied angehörten, mit einer Geldstrafe von 100 Mk. belegte und ihnen die Ausstoßung aus dem Rabattsparverein androhte, weil sie die Forderungen der Bäcker im gewerkschaftlichen Kampfe anerkannt hatten. Diese Tatsache, die vielfach in der Arbeiterpresse besprochen wurde, war natürlich nicht geeignet, dem Rabattsparvereinswesen in Arbeiterkreisen Sympathien zu gewinnen. Die Leitung der Rabattsparvereine scheint das auch eingesehen zu haben und bemüht sich daher, die Angelegenheit in einem anderen Lichte darzustellen. Sie verfährt dabei jedoch weder geschickt noch aufrichtig. In der Septembernummer der „Deutschen Rabattsparvereinszeitung" wird nämlich ausgeführt, die Stettiner Bäckergesellen wären, „aufgehetzt von der Parteileitung", in einen Streik eingetreten. Sie hätten „unerfüllbare Forderungen" gestellt und verlangt, außer dem Hause wohnen zu dürfen, weil dadurch die Bestrebungen der Sozialdemokratie gefördert würden. Der Rabattsparverein habe nun seinen Mitgliedern verboten, Plakate auszuhängen, auf denen mitgeteilt war, daß in den betreffenden Geschäften nur Brot aus Bäckereien geführt würde, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten. Das Mittel habe schon einmal bewirkt, daß die Bäckergesellen in ihrem Streik unterlegen seien. Diese Ausführungen atmen einen unverfälschten gewerkschaftsfeindlichen Geist, sie dürften vor allem auch diejenigen sozialdemokratischen Zeitungen interessieren, die auch heute noch Reklamenotizen der Rabattsparvereinler in ihrem lokalen Teil veröffentlichen. Obendrein enthält die Notiz der Rabattsparvereinszeitung auch noch eine Unwahrheit, denn der Stettiner Rabattsparverein hat nicht, wie hier mitgeteilt wird, das Aushängen eines Plakats, sondern die Bewilligung der Forderung der streikenden Bäckergesellen verboten. Die Bundesgenossenschaft zwischen Bäckermeistern und Rabattsparvereinen, die von der Rabattsparvereinszeitung so sehr gerühmt wird, dürfte den Arbeitern in mehr als einer Hinsicht zu denken geben.

Gegen das Zugabenunwesen im Detailhandel. Bekanntlich geben gewisse Fabrikanten regelmäßig Gutscheine aus, die in Büchsen oder Paketchen enthalten sind, und behaupten in ihren zahlreichen Zirkularen und Annoncen, daß es sich um völlig kostenfreie Gaben handelt und daß ihre eigenen Kosten allein durch die Steigerung des Umsatzes eingebracht würden. Gegen diese Behauptung wendet sich ein Artikel des „Lüdenscheider General-Anzeigers" vom 18. August wie folgt:

„Diese Behauptung ist unwahr, und jeder vernünftig denkende Mensch vermag sie ohne weiteres als unwahr zu erkennen. Leider sind unsere Hausfrauen, die ja hauptsächlich die Einkäufe besorgen, die leichtgläubigsten Geschöpfe auf Gottes Erdboden —, wobei man noch zu berücksichtigen hat, daß viele ungebildete und halbgebildete Frauen auch nicht mit den einfachsten Prinzipien des Warenhandels vertraut sind und sich durch ein im Schaufenster ausgestelltes Kaffeeservice, eine Pelzboa oder einen schönen Regenschirm, die ihnen als Prämie für den Einkauf von Seife oder Backpulver oder Margarine usw. versprochen worden, geradezu blenden lassen. Und da überlegen sie zunächst gar nicht, daß diese glänzenden Geschenke, die sich bei näherem Zusehen oft noch gar als Schund offenbaren, nur durch Einsendung von 500 oder 1000 Gutscheinen zu erreichen sind, daß sie also zunächst einmal 500 Pfund Seifenpulver, 1000 Pfund Margarine oder 500 Büchsen Bouillonwürfel verbrauchen müssen, um diese köstlichen Gaben zu erlangen. Sie überlegen nicht, daß sie alt und grau dabei werden können, ehe sie diese Mengen ein und desselben Artikels in ihrem bescheidenen Haushalte verbraucht haben, ja, daß unter Umständen erst ihre Kinder oder Enkel in den Besitz der Prämien gelangen, vorausgesetzt natürlich, daß bis dahin die Fabrik noch existiert.

Kein Fabrikant ist in der Lage, etwas zu verschenken: es handelt sich fast durchweg um Artikel, die wenige Groschen kosten: Seifenpulver, Putzpomade, Malzkaffee, Bouillonwürfel, Margarine, Saucen, Teigwaren, Tee usw. Diese müssen auf das genaueste kalkuliert sein; denn in dem Preise stecken ja nicht nur die Kosten des Materials und der Herstellung, sondern auch der Verdienst des Fabrikanten, des Agenten, des Detaillisten, die Kosten der Reklame, der Fracht usw. Nun haben die Fabrikanten, die für 50 und 100 Gutscheine kleine, für 500 und 1000 Gutscheine größere Geschenke gewähren, natürlich ganze Warenlager angelegt; die Verwaltung derselben, die Buchführung und Versendung erfordern naturgemäß eine große kostspielige Organisation, zahlreiches Personal usw. Wie kann nun ein vernünftiger Mensch glauben, daß dies alles — abgesehen von den sonstigen enormen Unkosten des Fabrikbetriebes — der Fabrikant mit den wenigen Pfennigen zu bestreiten vermag, die er an jedem Pfund Seifenpulver, Margarine usw. verdient! Es ist eine offenbare Täuschung, wenn man dem Publikum einzureden sucht, daß es die Prämien vollkommen gratis erhalte. In Wahrheit verteuern diese enormen Betriebskosten jedes einzelne Päckchen, jede einzelne Büchse, gehen somit vielfach auf Kosten der Qualität."

Diesen auch von reellen Händlern und reellen Fabrikanten entschieden verurteilten „groben Unfug" haben die Konsumvereine nicht nötig zu fördern oder gar selbst nachzuahmen. Die Fabrikbetriebe der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, die Seifenfabrik, die Kaffeerösterei sowie die Tabakfabriken verzichten grundsätzlich auf derartige Lockmittel; sie vertrauen auf die Güte der Erzeugnisse und die genossenschaftliche Treue der Mitglieder der Konsumvereine.

Literarisches.

Die Arbeiterfrage von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Broschiert 1,50 Mk., gebunden 2,— Mk. Der vorliegenden Ausgabe ist die erste Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und das Bild Langes am frischesten wiederspiegelt und weil in ihr das Wesentliche zusammengefaßt ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte. Obwohl Lange Buch niemals von entscheidendem Einfluß auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und trotzdem Langes nie den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen hat, sichert ihm doch seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehrenvolles Andenken in der deutschen Arbeiterklasse. Aus diesen und anderen Gründen erschien die Aufnahme der Schrift in den Sozialistischen Neudrucken geboten. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die früher im Rahmen der „Sozialistischen Neudrucke" erschienenen Schriften erneut hingewiesen.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhns erschien soeben als Heft 11 der unter Leitung von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Geschichte und die Entwicklung des Fortbildungsschulwesens. Daran schließt sich die Erörterung der Aufgaben und Ziele und — nach einer Schilderung der reaktionären Tendenzen — eine Darstellung der gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen der Fortbildungsschulen. Nachdem Bruhns dann die innere Organisation der Fortbildungsschulen, die ländliche Fortbildungsschule und die Mädchenfortbildungsschule in den einzelnen Bundesstaaten besprochen hat, wendet er sich zur Darlegung der prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie, um uns endlich unter Bezugnahme auf sozialistische Schriftsteller wie den schweizerischen Lehrer Robert Seidel und auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages das sozialistische Erziehungsideal vor Augen zu führen.

Für die Gemeindevertreter, für die sie in erster Linie bestimmt ist, unentbehrlich, dürfte die Schrift allen Parteigenossen, ja weit darüber hinaus allen denen, die die hohe Bedeutung des Fortbildungsschulwesens erkannt haben, ein wertvolles Mittel zur Bereicherung ihrer Kenntnisse auf diesem wichtigen Gebiete sein.

Preis 1 Mk., Agitationsausgabe 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Martha Plate
Anton Schreiner
Verlobte.
Lübeck. Ergoldsbach in Bayern, z. Zt. Lübeck.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
(Distrikt Renfeld-Schwartau.)

Nachruf.
Am Sonnabend, dem 24. September, starb unser Mitglied, der Kollege
Johannes Mau.
Ehre seinem Andenken!

Für die Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen wir unsern herzlichen Dank.
W. Schipanski und Frau.
Lützowstraße 30.

Zu vermieten zu sofort **kleine Wohnung**, 160 Mk.
Weiter Lohberg 15.

Junger Hausbursche
gesucht.
Ludwig Welcher, Langereihe 2.

Zu kaufen gesucht ein guterhalt. großer **Puppenwagen oder Sportkarre.**
Ang. u. **F B** an die Exp. d. Bl.

Eine Wassertonne
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe u. **A L 10** an die Exped.

Gut erhaltener **Sitz-Liegewagen** auf Gummi und **ein Sportwagen** billig zu verkaufen
Wakenitzmauer 72.

Handkoffer und eiserner Ofen zu verkaufen
Reiferstraße 36.

Krone & Fessel.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

1 Ladentisch, Revol, Schrank, Gaslampe und **kl. Gasherd** billig zu verkaufen
Segebergstraße 24, III.

Wegen Mangel an Platz soll ein gutes **Federbett** billig verkauft werden
Moislinger Allee 65.

Ein großer **Petroleumofen** billig zu verkaufen, daselbst ein **Plüsch-Jackett** Lilienstraße 1 a, pt.

Zu verkaufen eine guterhaltene **Scheiben-Schiebkarre**
Schwartauer Allee 151, I.

Eine Modelljacht, 75 Ztm. groß, passendes Weihnachtsgeschenk für Knaben, billig zu verkaufen
Marlistraße 27.

Billig zu verkaufen **ein Hänge-Glasschrank**
Dankwartsgrube 43, Laden.

Verloren eine Handtasche mit 4 Schlüsseln, Portemonnaie und Taschentuch. Gegen Bel. abzugeben
Wakenitzmauer 3 b.

Unter alte emaill. Töpfe werden neue emaill. Böden gesetzt
Mengstraße 19.

Ludwig Prösch, Buchbinderei, untere Glockengießerstr. 73, empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Verschiedene Sorten sehr schöne gepflückte **Eß- u. Kochäpfel** v. 8 Pfg. an, sowie **Eß- u. Kochbirnen** empf.
A. Oldenburg, Lützowstr. 1 a.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Kunsthonig
hergestellt aus feinsten Zuckerarten und Naturhonig
Kartonpackung Pfd. 40 Pfg.
H. Bülck,
Breitestr. 54. Fernspr. 149.

Heute eingetroffen:
Zirka 1200 Pfund
Tilsiter Fettkäse
pikant, Pfd. 15, 20, 25, 30 u. 40 Pfg.
Johannes Müller,
Hartengrube 21.

Eimerbier.
Jeden Donnerstag abend von 5 bis 8 Uhr und jeden Freitag morgen von 6 bis 9 Uhr.
Heinr. Wilken, Brauerei.

Karbonade per Pfd. **80 ₰**
Dicke frische Flomen.
Frisches Kopf und Bein.
Frische Kochrippen Pfd. **30 ₰**
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 28. Sept.,
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den jetzigen Stand unserer Lohnbewegung.
2. Abrechnung von unserer Festlichkeit in Kücknitz.
3. Abrechnung vom Gewerkschaftshause für das 2. Quartal.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Panorama
Breitestr. 53, I., Fl.
Vom 25. Septbr. bis 1. Oktober:
Von Mexiko nach Texas.

Achtung!
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Agitationstour
am Sonntag, dem 2. Oktober, nach Kastorf, Siebenbäumen, Berkentin usw.
Abfahrt 10 Uhr von Herrn König, Ober-Büssau.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Die Bezirksleitung.

Hansa-Theater
Beginn des Konzerts 8 Uhr. Anf. der Vorstellung 8¼ Uhr.
Nur noch 3 Tage.
Der Triumph der Londoner Saison.
Vier Tage aus dem Leben
Sherlock Holmes.
Neueste **Sherlock-Holmes**-Fortsetz. nach **Canon Doyle.**
1. Bild: **Dynamitattentat.** 2. Bild: **Das Vermächtnis des Hausierers.** 3. Bild: **Die Todesuhr.** 4. Bild: **Zur Strecke gebracht.**

Stadthallentheater.
Donnerstag, 29. Septbr. **8 Uhr,**
Die Erbtante.
Schwank von Ernst Albert.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13. **Dutzendkarten ebendaselbst.**

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 28. Septbr. 7½ Uhr.
Außer Abonnement!
Bei kleinen Preisen!
Auf vielseitiges Verlangen!
Der fidele Bauer.
Operette von Leo Fall.
Donnerstag, 29. Septmbr. 7½ Uhr.
Die Stumme von Portici.
Große Oper von Auber.

Krone & Fessel.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 226. Dienstag, den 27. September 1910. 17. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 26. September 1910.

Der Wortführer-Stellvertreter Heinsohn eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Richtigstellung das Wort

Dr. Gilbert: Ich habe in der letzten Bürgerschaftsversammlung in meinen Ausführungen u. a. von rabiaten Frauenrechtlerinnen gesprochen; den Ausdruck bedauere ich, um so mehr, als er nicht in meinem Willen lag und auch im Gegensatz steht zu meiner ganzen Auffassung der Frauenbewegung, der ich sympathisch gegenüberstehe. Eine Beleidigung des von mir hochgeschätzten Frl. Dr. Bäumer lag mir fern.

Senator Dr. Fehling gibt einige Senatsdekrete bekannt. Die Vorlage über die Einführung von Wassermesser, die der Senat am 6. März 1907 eingebracht hat und die von der Bürgerschaft abgelehnt wurde, zieht der Senat zurück, behält sich aber vor, gelegentlich einen neuen Antrag einzubringen.

Der erste Senatsantrag betr. die Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1909.

Aug. Pape bemängelt hierbei den schmalen Zustand der Fahrbahn an der inneren Holstenbrücke, die Regelung des Verkehrs sei verbesserungsbedürftig.

Lauenstein gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Fuhrwerke die Nordseite der Holstentortürme passieren müßten und hofft, es möge auch in Zukunft so bleiben.

v. Schack weist darauf hin, daß schon früher in der Bürgerschaft auf die von Herrn A. Pape hervorgehobenen Übelstände hingewiesen worden sei, der Senat habe jedoch keine Antwort gegeben. Beim nächsten Etat müßten die Wünsche berücksichtigt werden.

Vom Senat wird erwidert, die Antwort ist aber am Pressetisch unverständlich.

Dahms unterstreicht die Wünsche des Herrn A. Pape und macht auf weitere Übelstände aufmerksam.

Lauenstein bemängelt den Zustand der St.-Lorenz-Brücke; die Rampen in der Schützen- und Meierstraße müssen ausgeführt und der Prozeß mit der Lübeck-Büchener Bahn weitergeführt werden.

Der Antrag wird hierauf genehmigt.

Die Senatsanträge betr. Nachbewilligung von 2493,55 Mk. auf die Bausumme für das Schulhaus der zweiten Haushaltungsschule in St. Lorenz und Bewilligung von Mitteln für die Erhaltung und Wiederherstellung Lübeckischer Bau- und Kunstdenkmäler werden debattelos genehmigt.

Beim Antrag betr. Gewährung einer Alterszunterstützung an den Chausseewärter Hans Heinrich Wilhelm Clasohm stellt

Bruns die Anfrage an den Senat, ob bald ein Bericht über die allgemeinen Normen der Unterstützungssätze der Ruhelohnkasse zu erwarten sei.

Senator Dr. Fehling antwortet dem Vorredner, daß dieser Gegenstand eine Kommission des Bürgerausschusses beschäftige.

Es folgt der Senatsantrag betr. Pflasterung der Fackenburger Allee auf der Strecke von der Sedanstraße bis zum Flutgraben.

Ehlers weist auf seine am 29. März d. J. gemachten Ausführungen hin, in denen er um Herstellung des Fußsteiges der Nordseite am Hüxterdamm bat. Senator Dr. Stooß habe damals erklärt, die Sache werde demnächst gemacht werden, sie sei schon beschlossen. Wenn man unter der bis jetzt verflossenen Zeit „demnächst" versteht, ist dies ein unleidlicher Zustand. Es muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden, die Bewohner des Falkendammes können verlangen, daß vor Eintritt der nassen Jahreszeit die Sache gemacht wird, und sie nicht wieder vertröstet werden.

Senator Dr. Strack bedauert, daß er nicht sofort Auskunft geben kann, er wird aber der Baudeputation sofort Mitteilung machen.

Lippert stimmt Ehlers zu.

Thiele bringt ebenfalls Wünsche nach Verbesserung der Dorfstraße vor.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Antrag betr. Ankauf des Grundstückes An der Untertrave Nr. 89 moniert

Th. Schwartz (zur Geschäftsordnung), daß die später eingebrachten Senatsanträge vor die Initiativantrage der Bürgerschaftsmitglieder eingeschoben werden. Heute werde es wieder so gemacht. Es liege dadurch die Gefahr nahe, daß die Initiativanträge nicht zur Verhandlung gelangen. Von den Gepflogenheiten müsse man abgehen.

Senator Dr. Fehling: Die Anträge sind allerdings eingeschoben worden, aber es ist dadurch nicht beabsichtigt, die Initiativanträge zurückzusetzen.

Dr. Ziehl stimmt den Ausführungen von Th. Schwartz zu; die heutigen Initiativanträge würden die Bürgerschaft jedoch nicht lange beschäftigen, sodaß man gegen die Ausnahme nichts haben könne.

Ehlers: Es wäre praktischer, die beiden Senatsanträge hinter die Tagesordnung zu stellen, dann habe man wenigstens die Gewißheit, daß die Senatskommissare anwesend seien; sonst seien sie gewöhnlich bei Beratung von Initiativanträgen nicht da.

Senator Dr. Fehling verwahrt sich dagegen, daß die Senatskommissare bei der Beratung von Initiativanträgen in der Bürgerschaft in der Regel abwesend seien; nötig hätten sie es allerdings nicht, anwesend zu sein. Bei der Beratung der heutigen wichtigen Initiativanträge werde er aber nicht fehlen.

Th. Schwartz: Ich habe die Frage nur angeregt, damit keine Präjudiz geschaffen wird.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Debattelos genehmigt wird der Antrag betr. Nachbewilligung von Ausgabe-Überschreitungen der Lübecker Straßenbahn für das Rechnungsjahr 1905.

Beim Antrag Erhöhung der nach dem Lübeckischen Gerichtskostengesetze und der Gebührenordnung für Notare, sowie nach den Gebührentarifen der Verwaltungsbehörden zu erhebenden Schreibgebühren hebt

Grünau hervor, daß, nachdem das Reich mit der Erhöhung vorgegangen sei, diese auch hier vorgenommen werden müsse; die Worte, die sich auf die Gebühr für die abgeschriebenen Tabellen usw. beziehen und die pro Seite 30 Pfennig betragen, müßten jedoch gestrichen werden.

Senator Dr. Fehling gibt eine entsprechende Erklärung.

Köster betont, daß unser Gerichtskostengesetz eine Nachbildung des preußischen sei; er habe den Wunsch, dieses Gesetz einer ganzen Revision zu unterziehen.

Senator Dr. Fehling will die Justizkommission davon benachrichtigen, er verspricht sich aber nicht viel davon.

Fehling: Die Arbeit einer Revision wäre nicht sehr groß, es würde sich nur darum handeln, das preußische umgeänderte Gesetz anzunehmen.

Der Senatsantrag wird mit der von Grünau beantragten Abänderung angenommen.

Es folgt der Antrag von Th. Schwartz und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, anläßlich der übermäßig hohen Fleischpreise, seinen Vertreter beim Bundesrate zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Grenzsperre für die sofortige Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgänglich nötige Maß herabgesetzt werde und 2. die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden.

Th. Schwartz: In den letzten Tagen haben die Stadtverordneten vieler Groß- und Mittelstädte Eingaben an ihre Staatsregierungen gerichtet mit dem Ersuchen, die Grenzschwierigkeiten zu beseitigen und die Sperren aufzuheben. Es hat in den letzten Monaten eine ungeheure Preissteigerung des Fleisches stattgefunden; in vielen Städten wurde versucht, dieser entgegenzuwirken. Es haben sich auch verschiedene Handelskammern an die Reichsregierung um Abhilfe gewandt. Dann war es auch die Berliner Fleischerinnung und der Zentralverband Deutscher Fleischer, die eine Abordnung an den Handelsminister entsandten. Dieser beurteilte aber alles nur oberflächlich; er meinte, es liege keine Veranlassung vor, sich hiergegen zu wenden, die Landwirtschaft müsse geschützt werden. Die Fleischer wollen sich nun direkt an den Reichskanzler wenden. Stadtverordnete, Fleischer und Handelskammern, ja selbst die Großindustrie wendet sich in der Presse gegen die übermäßige Teuerung. Die Großindustrie befürchtet eine Einbuße der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Lohnforderungen, wenn die Fleischteuerung anhält und die Grenzen nicht geöffnet werden. Sie meinen, die Holländer hätten manchmal mehr Ursachen aus veterinärpolizeilichen Gründen ihre Grenzen zu sperren, sie heben ferner hervor, daß es doch direkt verwerflich sei und erbitternd wirken müsse, wenn in Deutschland die Fleischpreise für Hunderttausende unerschwinglich seien. Das sind Stimmen, die die Sache richtig beurteilen. Ich bedaure, daß das Organ unseres Senates, die „Lübeckischen Anzeigen", sich dem Beginnen der verschiedenen Körperschaften entgegenstellt; im August behauptete das Blatt, der ganze Fleischrummel sei als Agitationsstoff von der Sozialdemokratie und den linksliberalen Parteien inszeniert, von einer Unterernährung könne keine Rede sein. Heute hat das Amtsblatt wieder die Behauptung aufgestellt, daß von einer Fleischteuerung nicht die Rede sein könne. Ich bedaure, daß die „Lübeckischen Anzeigen" das Sprachrohr unserer Regierung sind. Sie sollte sich ein anderes Organ schaffen. Im Jahre 1910 hat im Kleinhandel eine ganz ungeheure Fleischteuerung stattgefunden. Es ist festgestellt, daß 27 771 303 Tiere beschaut wurden, die ein Gesamtgewicht von 3 012 940 955 Kilogramm hatten; für dieses Quantum ist eine Verteuerung um 461 098 469 Mark eingetreten. Diese Zahlen stehen aber noch hinter der Wirklichkeit zurück. Diese Verteuerung würde auf das Kilogramm 60½ Pfg. mehr ausmachen. Die Kleinhandelspreise zur Grundlage genommen, ergibt einen Aufschlag für Rindfleisch um 20, Schweinefleisch ebenfalls 20 und Hammelfleisch um 30 Pfg., das macht im Durchschnitt 70 Pfg. pro Kilo aus. In Deutschland zeigt sich aber noch eine bedauernswerte Erscheinung: 1908 wurden 136 273 Pferde und 6138 Hunde geschlachtet, 1909 waren es schon 151 357 Pferde und 6990 Hunde. Die Zahl der geschlachteten Hunde ist in Wirklichkeit noch größer, weil die heimliche Schlachtung garnicht einbegriffen ist, die Hundezahl würde noch markanter in die Erscheinung treten, schließlich auch noch die Katzen. Wo werden die meisten Hunde gegessen? In Sachsen sind's 4062, in Schlesien 1522, in Bayern 421, in Anhalt 364. Meine Herren, ich glaube, daß diese Zahlen, die amtlich begründet sind, zum Nachdenken Anlaß geben. Nach der amtlichen Reichsstatistik sind von 1903 bis 1908 die Preise für Ochsenfleisch um 8 Prozent, für Kalbfleisch um 14 Prozent und für Schweinefleisch um 21 Prozent gestiegen; das ist doch eine bedenkliche Steigerung, die noch übertroffen wird durch diejenige von 1909. Der Kleinhandelspreis betrug im August 1909 im Durchschnitt bei Rindfleisch 155,9, Kalbfleisch 173,6, Hammelfleisch 169,6, Schweinefleisch 162,1 und Roßfleisch 73,9 Pfg. für ein Kilogramm. Im gleichen Monat des Jahres 1910 aber 163,1, 183,9, 174,3, 162,1 und 75,8 Mk. Hier können Sie die Preissteigerung deutlich sehen. Wie die Zölle gewirkt haben, können Sie ferner an einer Statistik der Kruppschen Konsumanstalten in Essen ersehen. Dort ist von 1900 bis 1909 der Preis für das Kilogramm Rindfleisch I. und II. Qualität gestiegen um 18, Kalbfleisch um 30, Hammelfleisch um 35 und II. Qualität um 10, Schweinefleisch um 23 und Speck um 18 Pfg. Das ist eine durchschnittliche Steigerung von 22,6 Pfg. pro Kilogramm. Nun interessiert Sie gewiß auch, die lübeckischen Verhältnisse kennen zu lernen. Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau weist 1908 gegen 1905 10 342 Tiere mehr auf. Das von auswärts eingeführte Fleisch dagegen ein Minus von 9645 Kilogramm; wenn man in Betracht zieht, daß so viel hier geschlachtet worden ist, kann man kaum von einer Fleischnot

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

103. Fortsetzung.

Oben an der Treppe stand ein sehr elegant gekleideter Herr, mit dem Rücken ihm zugedreht, hatte eins der hübschen Stubenmädchen um die Taille gefaßt und suchte ihr einen Kuß zu stehlen. Das Mädchen aber mochte vielleicht den von unten herauf kommenden schon bemerkt haben, denn sie entwand sich geschickt seinen Händen und floh lachend den Gang hinunter. Der Fremde mußte jetzt wohl ebenfalls die Schritte auf der Treppe hören, denn Wagner war dicht hinter ihm. Er wandte rasch den Kopf und trat dann, ohne sich wieder umzudrehen, in eins der nächsten Zimmer der ersten Etage.

„Wetter noch einmal", dachte Wagner, „das Gesicht muß ich doch schon irgendwo gesehen haben!" und er überlegte hin und her, wo er dem Mann schon begegnet sein könne. Die den Gang herunterkommende Kathrine machte ihn aber alles andere rasch wieder vergessen, und mit wenigen Worten kündigte er ihr an, wen sie unten finden würde und was sie zu tun habe.

Im ersten Augenblick wollte die Kathrine allerdings vor Freude aufschreien und dann alle möglichen Schwierigkeiten machen, daß sie doch jedenfalls erst eine andere Haube aufsetzen, eine bessere Schürze vorbinden müsse. Wagner ließ aber alle diese Einwürfe nicht gelten. Nachmittags konnte sie zurückkehren und alles nachholen — jetzt mußte sie gehorchen, und seufzend und kopfschüttelnd fügte sie sich endlich seinem Willen. Wagner betrat im nächsten Augenblick das Zimmer seiner Frau und fand sich von ihren Armen umschlungen.

„Du böser Mann," sagte sie dabei. — „Erst läßt Du mich in Kassel zwei volle Monate allein mit Kathrine und unserem kleinen Martin im Hotel sitzen, und jetzt gehst Du wieder auf drei volle Stunden von mir fort. Oh, laß mich hier in Frankfurt nicht allein — nicht jetzt allein — nicht die ersten Tage. Du weißt nicht, welch' schmerzliche, wehe Empfindungen mir hier das Herz erfüllen und mich gegen meinen Willen traurig stimmen. Und doch fühle ich es ja, daß es eine Sünde sein würde, jetzt zu trauern. — Begleitest Du mich nun, wie Du versprochen?" setzte sie dann plötzlich mit leiser, bittender Stimme hinzu.

„Gewiß, mein Kind, deshalb komme ich her!" sagte Wagner herzlich: „aber daß ich Dich heut allein ließ, geschah nur deshalb, um eine freundliche kleine Wohnung für uns zu finden, damit Du recht bald von dem ungemütlichen Hotel erlöst würdest. Wir gehen nachher hinüber, sie anzusehen, ob Du damit zufrieden bist."

„Und Du hast unsern alten Freund Scharner getroffen? — mich wundert, daß mich der böse alte Mann noch nicht aufgesucht hat."

„Er war verreist, mein Herz, und ist erst heute morgen zurückgekehrt. Ich traf ihn zufällig auf der Straße, und er wird heute mittag mit uns speisen. Gehen wir jetzt?"

„Ja," sagte die Frau, und das helle Lächeln schwand im Nu von ihren Lippen! — „laß uns denn nur gehen! Ihr gehöre mein erster Gang in dieser lieben alten Stadt — ich kann sie ja doch nur an ihrem stillen Ruheort besuchen."

Und mit leisem Finger klopfte sie an die ins Nachbarzimmer führende Tür, aus der gleich darauf ein junges malayisches Mädchen mit einem schlafenden Kind auf dem Arm trat.

„Er ist noch nicht aufgewacht, der kleine Bursch," lächelte die Mutter, „sieh nur, wie lieb er die kleinen Fäustchen zusammenballt. — Aber komm, laß uns gehen!" — und Hut und Schal anlegend, hing sie sich, von dem Mädchen mit dem Kind gefolgt, an des Gatten Arm. Unten hielt eine der Equipagen des Hotels, und der Kutscher, der schon sein Ziel wußte, trieb die Pferde zu einem raschen, lebendigen Trab an. Unterwegs wechselten die Gatten kein Wort — nur dann und wann warf die Mutter einen sorgenden Blick auf das Kind, einen flüchtigen hinaus auf die doch so wohlbekannten Straßen, durch die sie fuhren, aber ihr Herz hatte jetzt nicht mehr Raum für etwas anderes, und als der Wagen an der engen Kirchhofspforte hielt, schritt sie mit klopfenden Pulsen an des Gatten Arm den schmalen, von Blumen eingefaßten Weg entlang, der zu der lieben, teuren Stätte führte. Und jetzt zögerte plötzlich ihr Fuß. Sie ließ den Arm los, der sie bis dahin gestützt, und stand mit gefalteten Händen neben einem niedern, blumigen Hügel, über den sich eine junge Trauerweide neigte. Kein stolzer Marmor bezeichnete das einfache Grab, keine vergoldeten Buchstaben priesen die Tugenden der darunter schlummernden Toten. Nur ein kleines, niederes steinernes Kreuz stand am Kopfende des Grabes und trug nichts als die zwei Worte:

Meine Mutter.

Einen Moment stand Hedwig aufrecht neben dem teuren Grabe, dann aber verdunkelten sich ihre Blicke. Lindernde Tränen flossen an den Wangen nieder, und das Tuch vor die Augen gepreßt, sank sie an dem Hügel in die Knie und schluchzte leise.

Tief gerührt stand Wagner neben der trauernden Gattin, die hier der Kindesliebe treues Opfer brachte — aber er sprach kein Wort, denn das war kein Schmerz, der Trost verlangte, sondern nur Trost und Linderung in den eigenen Tränen fand. Eine Weile lag Hedwig an der teuren Stätte, dann hob sie langsam den Kopf und blickte lange und liebend auf den Hügel, unter dem sie damals alles begraben, was sie auf der Welt noch das Ihre nannte; dann betete sie still und leise, und richtete sich, von dem Gatten unterstützt, wieder empor.

„Komm, mein Herz," bat da Wagner, — „gib Dich auch dem Schmerz nicht zu sehr hin. Denke, daß Deine Mutter jetzt mit Freuden auf uns herabschauen kann."

„Ihr Segen hat sich an mir erfüllt," flüsterte Hedwig, indem sie ihr Haupt an der Brust des teuren Mannes barg, — „er hat mich Dich finden lassen, — er hat mir unser Kind gegeben, und tausend Dank Dir hier, mein Reinhard, an diesem teuren Ort, für alles Liebe und Gute, was Du an mir getan. Ich kann Dir hier im Namen meiner Mutter danken."

Wagner hatte sein Weib umfaßt und drückte einen langen Kuß auf ihre Stirn; leise flüsterte er:

„Wenn jemand des andern Schuldner ist, meine Hedwig, so bin wahrlich ich es, da ich Dir ein Glück verdanke, das ich in früheren Jahren kaum für möglich hielt. — Aber sieh — der kleine Bursche ist erwacht. Wie freundlich er nach Dir herüber schaut."

Die Mutter drehte sich rasch nach dem Kind um und wie von einem plötzlichen Gedanken ergriffen, nahm sie es von dem Arm der Wärterin, küßte es und kniete mit ihm am Grabe nieder. Der Kleine aber langte hinüber nach den bunten Blumen und einen Resedazweig erfassend, der ihm zwischen die Fingerchen kam, schloß er die kleine Faust und pflückte ihn ab.

„Ein Gruß der Mutter", rief die junge Frau und ihre Tränen flossen wieder stärker, — „das waren stets ihre Lieblingsblumen", und fest und innig drückte sie das Kind an ihr Herz und küßte den kleinen Zweig, den es noch in seinem

sprechen. (Lauenstein ruft: Sehr richtig!) Ein großer Teil geht aber nach auswärts (Hört, hört! b. d. Soz.) und bleibt nicht in Lübeck. Die Viehpreise gehen weit auseinander. Der großen Teurung im Jahre 1906 folgte eine Abnahme bis 1908, das zum Teil eine Verbilligung des Fleisches gegen 1906 mit sich brachte; gegen 1904 aber ist eine ganz gewaltige Steigerung eingetreten. Die Fleischpreise im Kleinhandel gehen den gleichen Weg wie im Großhandel. Ich habe mich der Mühe unterzogen, festzustellen, wie die Preise im Jahre 1909 und 1910 sich gegenüberstehen. Das Statistische Taschenbuch der freien und Hansestadt Lübeck gibt darüber noch keinen Aufschluß. Nach meiner eigenen Zusammenstellung, die ich auf Grund der Marktberichte in den „Lüb.Anz." vom Januar bis September cr. vorgenommen habe, ergibt sich für 50 Kilogramm Schlachtgewicht ein Durchschnittspreis für Hornvieh im Jahre 1909: 1. Qualität 68 (1910: 74), 2. Qualität 62 (66), 3. Qualität 56 (60), 4. Qualität 49 (57), Bullen 56 (61) Mark. Wie Sie hieraus ersehen, beträgt die Steigerung gerade bei der 4. Qualität am meisten, nämlich 8 Mark; diese Qualität Fleisch wird hauptsächlich von der Arbeiterschaft gekauft, und diese ist am höchsten gesteigert worden. Die leichte Ware beim Schweinefleisch hat keine Steigerung erfahren, die schwere ging sogar um 2 Mk. zurück, während Sauen und 1 Mk. stiegen; die Preise für Kälber sind von 82 auf 98 Mk. und für Schafe von 72 auf 78 Mk. emporgeschnellt. Nach dem Statistischen Taschenbuch betrugen die Schlachtpreise im Jahresdurchschnitt pro 50 Kilogramm am hiesigen Schlachthofe für

Ochsen und Queen	1904	1906	1908
1. Qualität	66,84	74,35	70,56
2. „	63,28	70,58	65,26
3. „	59,50	66,91	60,04
4. „	53,62	61,71	53,27
Bullen	59,14	66,92	60,18
Schweine, beste reine	49,55	68,11	58,29
do. Mittelware	49,29	67,46	58,39
Sauen	43,66	63,32	51,79
Schafe, Hammel	68,49	77,28	70,88
Kälber	77,16	87,78	84,16

Die Preise im hiesigen Kleinhandel sind nicht minder interessant; sie betrugen (immer nach der amtlichen Quelle) für 1 Kilogramm im Jahresdurchschnitt:

	1904 Pfg.	1906 Pfg.	1908 Pfg.
Rindfleisch von der Keule	144	157	139
„ vom Bauch	121	134	122
Schweinefleisch	115	159	127
Kalbfleisch	165	175	186
Hammelfleisch	156	172	165
Geräuch. Speck	133	173	154
Schweineschmalz (hiesiges)	132	158	145

Ich habe mich in verschiedenen Haushaltungen selbst erkundigt, was für das Fleisch jetzt bezahlt werden muß, und da bin ich zu folgendem Ergebnis gelangt: Mitte September d. J. kostete 1 Kilogramm

Rindfleisch 1. Qualität	160—200	Pfg.
„ 2. „	160	„
Schweinefleisch	180—200	„
Kalbfleisch	240—280	„
Hammelfleisch	200	„
Ger. Speck	200	„
Schmalz	180	„

Ob diese letzten Zahlen richtig sind, können ja die hier anwesenden Fleischer angeben. Aus all dem ergibt sich, daß wir unsern Vertreter im Bundesrat beauftragen müssen, dahin zu wirken, daß der Fleischnot Einhalt geboten wird. Die Petitionskommission wie das Plenum des Reichstages wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben; nach diesen Körperschaften muß der Bundesrat dazu Stellung nehmen, und da haben wir alle Ursache, unsern Vertreter zu beauftragen, mit den Vertretern der anderen Staaten vorstellig zu werden; deshalb muß unser Antrag zum Beschluß erhoben werden. Wir wünschen, daß die Grenzen für Jung- und Schlachtvieh sowie für Fleisch geöffnet werden und die Sperre auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleibt. Die Fleischnot wird noch verschärft durch die gute Futterernte, die hier zum Fluch der Bevölkerung geworden ist. Die Großgrundbesitzer haben es jetzt in der Hand, ihr Vieh im Stalle zu lassen und so vom Markte zurückzuhalten.

Die schikanöse Behandlung mit der Tuberkulinimpfung hat ebenfalls zur Sperrung der Grenzen beigetragen. Diesem Übelstand der Fleischnot muß abgeholfen werden und dazu können Sie beitragen, wenn Sie unsern Antrag annehmen.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat sich mit dem Antrag des Herrn Th. Schwartz beschäftigt und ihm reges Interesse zugewandt. Die Handeskammer habe sich auch schon dazu geäußert, und auch der Bundesratsbevollmächtigte sei unterrichtet. Der Senat sei der Ansicht, daß die Bestrebungen, die auf Verbilligung des Konsums gerichtet seien, unterstützt werden müßten. Die Bürgerschaft soll die einzuschlagenden Wege dem Senate überlassen. Die Frage sei aber keine spezifisch lübeckische; der Senat werde sich mit den beiden anderen Schwesterstädten in Verbindung setzen.

Paatsch unterstützt den Antrag Schwartz, widerspricht aber der Auffassung, daß die 4. Qualität Fleisch von den Arbeitern hauptsächlich gegessen werde. Diese werde zu Wurst verarbeitet und nach auswärts gesandt.

Aug. Pape unterstützt den Antrag Schwartz ebenfalls und ersucht, den Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen.

Lauenstein gibt zu bedenken, daß, wenn wir den Bundesratsvertreter mit dieser Frage beauftragen, ein zweischneidiges Schwert geschaffen werde. (Der Redner wird, da er sich über die Quarantäneanstalt des weiteren ausläßt, vom Wortführer unterbrochen; diese stehe nicht zur Beratung. Lauenstein widerspricht. Buchwald bittet, weiteste Redefreiheit walten zu lassen. Jenne ist derselben Meinung.)

Lauenstein verzichtet hierauf aufs Wort.

Hahn kann sich für den Absatz 2 des Schwartzschen Antrages nicht erklären.

Über die beiden Teile des Schwartzschen Antrages wird getrennt abgestimmt und beide mit Mehrheit dem Bürgerausschuß überwiesen.

Senator Dr. Fehling ladet die Bürgerschaftsmitglieder zur Besichtigung des neuen Zollgebäudes ein, die am Mittwoch stattfinden soll.

Böbs ersucht, dafür zu sorgen, daß es bei dieser Besichtigung nicht wieder gehe wie bei der St. Gertrudkirche, die geschlossen war, als die Bürgerschaftsmitglieder erschienen.

Zur weiteren Beratung steht der Antrag von Heise: Überweisung der Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 (Bezirk Lübeck) an den Bürgerausschuß.

Heise begründet die beiden Anträge, hebt die große soziale Bedeutung der Eingaben hervor und wünscht die Überweisung an den Bürgerausschuß.

Eschenburg erblickt in der Einschränkung der Geschäftszeit für die Handelsangestellten auf die beiden Morgenstunden von 7—9 Uhr eine große Schädigung. In absehbarer Zeit werde die Frage doch reichsgesetzlich geregelt. In Lübeck sei die Sonntagsarbeit schon auf 4 Stunden beschränkt. Ein Bedürfnis nach noch mehr Einschränkung sei vorerst nicht vorhanden.

Lauenstein protestiert, daß Herr Eschenburg zu dem Initiativantrag habe sprechen dürfen, während ihm das Wort entzogen sei.

Heinsohn: Das Wort wurde Herrn Lauenstein nicht entzogen, er wurde nur gebeten, sich mit seinen Ausführungen einzuschränken.

Mühsam bittet, den Antrag nicht zu überweisen; er vermißt ein Gutachten bei der Eingabe, das mindestens hätte beigelegt werden müssen. Der Bürgerausschuß sei mit Arbeit überlastet, man solle ihm nicht noch mehr zuschieben.

Stelling: Im Gegensatz zu den Vorrednern bitte ich, den Antrag anzunehmen. Wenn Herr Mühsam erklärt, der Antrag sei nicht genügend begründet, so muß ich denn doch sagen, daß ich selten eine so prägnante Begründung gehört habe. Schon aus diesem Grunde muß dem Antrag zugestimmt werden. Ich habe die Überzeugung und hoffe, daß die Mehrheit des Bürgerausschusses so viel soziales Empfinden besitzt, um den Antrag zu berücksichtigen. Mit der heutigen Sonntagsarbeit muß gebrochen werden. Wenn Herr Eschenburg erklärt, es wäre eine schwere Schädigung des Handels, so halte ich entgegen, daß dieselben Worte beim 8-Uhr-Ladenschluß gefallen sind. In Hamburg sagte man damals den Ruin mancher Geschäfte mehr oder weniger voraus. Heute ist doch gerade das Gegenteil der Fall. Das Publikum wird dafür gewonnen, daß an den hohen Festtagen vollständiger Geschäftsschluß herrscht und die Verkaufszeit an den gewöhnlichen Sonntagen auf die beiden Vormittagsstunden beschränkt bleibt. Wir wünschen auch reichsgesetzliche Regelung, aber die reichsgesetzlichen Mühlen mahlen langsam, manchmal noch langsamer als die Mühlen der Wassermesser-Kommission. Der Antrag muß an den Bürgerausschuß verwiesen werden.

Schiemann: Die reichsgesetzliche Regelung wird noch lange auf sich warten lassen, deshalb ist es wohl am Platze, den Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen. Herrn Eschenburg kann man in manchen Punkten recht geben. Der Großhandel hat den dringenden Wunsch, die Arbeit am Sonntag gänzlich einzustellen; anders beim Detailhandel. England ist groß geworden, obgleich es keine Sonntagsarbeit kennt. Ausnahmen werden selbstverständlich geschaffen werden müssen, aber es ist nicht notwendig, daß in einem Geschäft am Sonntag 100 Angestellte tätig sind, wenn nur 5 an dem Tage nötig sind. Vielleicht kann ein Versuch in den Sommermonaten gemacht werden; viele haben an den Wochentagen keine Zeit zum Einkaufen und brauchen den Sonntag dazu.

Schwabroch: Der Wunsch, wie ihn der Vorredner ausgedrückt, ist beim Großhandel zweifellos vorhanden; der Antrag sollte dem Bürgerausschuß überwiesen werden.

Schober: Die Fleischer haben sich dahin geeinigt, die Sonntagsarbeit auf drei Stunden zu beschränken.

v. Schack: Die Detailisten haben ebenso gern eine vollständige Sonntagsruhe wie die Angestellten. Lübeck war z. B. bahnbrechend für den 8-Uhr-Ladenschluß. Wenn die Angestellten aber die beiden Stunden von 11—1 Uhr auch noch frei haben wollen, so muß ich betonen, daß dieses eine große Schädigung der Geschäftswelt bedeuten würde. Die Käufer würden in die Nachbarstädte getrieben. Solange nicht ein Reichsgesetz in dieser Sache erlassen ist, kann hier keine Änderung eintreten. Wenn die Großgeschäfte schließen wollen, hat der Detaillistenverein nichts dagegen, für ihn kann eine Schließung nicht in Betracht kommen.

Heise bittet nochmals um Überweisung; bis eine reichsgesetzliche Regelung eintrete, verginge noch eine Reihe Jahre. Redner stellt noch einen Antrag, der Senat möge ein Ortsstatut erlassen, die Verkaufszeit auf 7—9 Uhr zu beschränken und an hohen Festtagen vollständig zu untersagen.

Thiele ersucht ebenfalls um Überweisung an den Bürgerausschuß. Die gleichen Bedenken seien auch bei Einführung des 8-Uhr-Ladenschlusses geäußert worden.

Die Überweisung wird beschlossen.

Schluß 8 Uhr 10 Minuten.

Händchen hielt. Dann aber gab sie den Kleinen dem Mädchen zurück.

„Jetzt komm," sagte sie unter Tränen lächelnd zu dem Gatten, „komm, mein Reinhard; jetzt ist mir wohl und ich will Dir nicht auch das Herz noch schwer machen. Kann ich den lieben Platz doch auch öfter sehen."

Langsam wanderten sie den Gang hinab, der aus dem Friedhof führte und Hedwig trocknete die Tränen, die noch an ihren Wimpern hingen. Für den Friedhof sind sie ein schöner, ehrender Schmuck, aber draußen auf der Straße darf man sie der kalten, fremden Welt nicht zeigen. Was kümmert sich die auch um des Nachbars Leid! Der Wagen brachte sie rasch wieder ein Stück in die Anlagen hinein. Dort aber bat Wagner seine Frau, auszusteigen, da sie die übrige Strecke zu Fuß zurücklegen wollten.

„Es geht sich so wunderhübsch zwischen diesen blühenden Hecken," sagte er „und dort drüben habe ich auch in einer schattigen Laube unser Mittagsmahl bestellt. Wir brauchen deshalb den Wagen erst wieder, wenn er uns von hier abholen soll."

„Von Herzen gern," sagte Hedwig, jetzt zum erstenmal sich umsehend, in welcher Gegend sie sich befanden; „aber dann wird die Kathrine auf uns warten."

„Ich habe schon alles bestellt — hier hinüber, wir biegen in diese Straße ein."

Hedwig zögerte. Die Richtung mußte sie an ihrer alten Wohnung vorüberführen und sie fühlte sich kaum stark genug, der schmerzlichen Erinnerung jetzt standhaft zu begegnen. Aber sie wollte stark sein — das Schmerzlichste war ja doch schon überwunden.

„Und weißt Du, mein Kind, daß ich vorgestern, als ich hier durchkam, um Dich abzuholen, ganz zufällig einen alten Bekannten und Reisegefährten von Dir getroffen habe," sagte er, während er mit ihr in eine der breiteren Straßen einbog.

„Einen Reisegefährten von mir?"

„Herrn Salomon Holderbreit, der mit der letzten Mail von Java zurückgekehrt ist."

„Zurückgekehrt?" Ich dachte, er wollte sich von dort nach Sumatra oder Borneo wenden?"

„Nach Sumatra nicht," lächelte Wagner, „denn dafür schwärmte er nur nach Herrn Joosts Berichten, hat aber doch später gefunden, daß ihn der nichtsnutzige Bursche nur dort hinüber schicken wollte, um ihn aus dem Weg zu haben. Aber auch nach Borneo hat er keine Erlaubnis von der Kolonial-Regierung bekommen, so viel Mühe sich selbst Lockhaart gegeben, ihm behilflich zu sein. Die holländische Regierung weiß recht gut, welches Unheil die Missionare schon unter den sonst ganz fügsamen Eingeborenen angerichtet haben und duldet sie nun einmal nicht, wo sie zu befehlen hat."

(Schluß folgt.)

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Paris.

In der Pariser Sorbonne Universität tagte vom 19.—21. September eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche von 300 Delegierten aus 21 Ländern besucht war. 18 Staaten sind offiziell vertreten, ausgenommen Deutschland. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die sich an dieser Konferenz beteiligt, um die Arbeitslosenversicherung der deutschen Gewerkschaften, zweifellos die leistungsfähigste und bewährteste aller Versicherungseinrichtungen gegen Arbeitslosigkeit, zur Vertretung gelangen zu lassen, ist durch die Genossen E. Schmidt und Umbreit vertreten. Von Deutschland sind außerdem die Genossen Kleeis-Halle und Barth-Zwickau, von der Schweiz Genosse Greulich und von Schweden Genosse Branting anwesend.

Die Konferenz, berufen von einem aus Anlaß der ersten Arbeitslosigkeitskonferenz 1908 (in Mailand) eingesetzten Komitee in Paris, beschäftigte sich mit den Fragen der Arbeitslosigkeitsstatistik, der Arbeitsvermittelung, der Arbeitslosenversicherung sowie der Schaffung einer ständigen internationalen Verbindung. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hat der Konferenz je eine Denkschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache zu den Fragen der Arbeitsvermittelung und der Arbeitslosenversicherung unterbreitet, deren Inhalt auch im „Korrespondenzblatt Nr. 36 und 37" wiedergegeben wird. In diesen Denkschriften wird zu beiden Fragen vom Standpunkt der Gewerkschaften Stellung genommen und besonders hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung das System der staatlichen Förderung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitskassen empfohlen. Mit Schärfe wird auf das Verhalten der deutschen Reichsregierung hingewiesen, die seither für die Arbeitslosen keine Mittel übrig hatte, während Belgien, Holland, Frankreich, Dänemark, Norwegen und die Schweiz öffentliche Mittel, staatliche und kommunale, für diesen Zweck den Gewerkschaften in umfangreichem Maße zur Verfügung gestellt haben. Es wird nachgewiesen, daß die deutschen Gewerkschaften in den Jahren von 1908 bis 1909 an Arbeitslose am Ort und auf Reisen 84,5 Millionen Mark aus eigenen Mitteln ohne fremde Hilfe aufbringen mußten. Es sei Pflicht des Staatswesens, für die Opfer der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Die deutsche Reichsregierung sei sich völlig darüber klar, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung die einzige sei, die sich in der Praxis bewährt habe. Wenn sie es ablehne, die Gewerkschaften in dieser Aufgabe zu unterstützen, so geschehe das aus Voreingenommenheit gegen die Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Die Traditionen des Sozialistengesetzes seien in Deutschland auch heute noch nicht überwunden. Die Denkschrift spricht die Erwartung aus, daß die Konferenz sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung rückhaltlos für das Genter System der staatlichen Förderung der gewerkschaftlichen Unterstützungskassen erklären werde.

Die Verhandlungen der Konferenz begannen am Montag früh 10 Uhr. Sie wurden mit einer Begrüßungsrede des französischen Finanzministers G. Cochery eröffnet. Der Vorsitzende, Mr. Leon Bourgeois, dankte dem Minister, worauf der schwedische Minister des Innern, Hamilton, namens der Delegierten einige Dankesworte sprach.

Hierauf wurde die Tagesordnung der Konferenz und das Reglement (Geschäftsordnung) festgestellt. Die Verhandlungen sollten nur in französischer Sprache geführt werden. Die beiden Vertreter der deutschen Gewerkschaften verlangten, daß im Interesse zahlreicher, der französischen Sprache nicht mächtiger Deutscher, für deutsche Übersetzung Sorge getragen werde. Nach einigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die deutschen Gewerkschaftsvertreter ihre fernere Teilnahme von ausreichender Übersetzung abhängig machen, wurde letztere vom Bureau zugesagt. Es soll auf Verlangen von jeder Rede ein Resumee in Übersetzung gegeben werden. Später wurde diese Zusage auch auf die Übersetzung der geschäftlichen Mitteilungen des Bureaus ausgedehnt. Die deutschen Teilnehmer erklärten sich damit einverstanden.

An erster Stelle steht der Bericht über die Arbeitslosenstatistik. Der Berichterstatter, Prof. Westergaard-Kopenhagen hielt einmalige Erhebungen nur für den Ausgangspunkt der Statistik, aber sie können nur für Krisenzeiten in Betracht kommen, sind jedoch außerstande, Aufklärung über die periodischen Schwankungen zu geben. Auch weisen die lokalen Zählungen immer gewisse Fehlerquellen auf. Redner geht sodann auf die Schwierigkeiten der Zählungen näher ein und wünscht gewisse Grundsätze für dieselben festzustellen. Die fortlaufenden Zählungen müssen die Ergänzung der einmaligen bilden. Zu befragen sind die Unternehmer über die Zahl der beschäftigten Arbeiter an je einem bestimmten Tage des Monats, über Zahl der Arbeitstage im Jahr, tägliche Arbeitsdauer und Betriebsaussetzungen. Die Gewerkschaften sind unter den Arbeiterorganisationen am besten geeignet, wertvolles Material zu liefern, vor allem in Ländern mit starken Gewerkschaften. Daneben kommen noch, abgesehen von subventionierten Arbeitslosenkassen, die Krankenkassen in Betracht. Das von den Arbeitsnachweisen gelieferte Material kommt erst in zweiter Linie. Auch die Registrierung der Preisschwankungen neben denen der Arbeitslosigkeit ist von Wert.

In der Debatte wird auf den Nutzen eines Zusammenarbeitens des von dieser Konferenz einzusetzenden Komitees mit dem Komitee für Unfall- und dem für Sterbestatistik hingewiesen. Faktor Jonas hält dafür, daß die Statistik am besten auf der Grundlage der Berufsorganisation aufgebaut werde. Pinart, Vertreter der Arbeitsbörse von Schaerbeek (Belgien) trat für obligatorische Meldepflicht aller Arbeitslosen ein. Mostean schlägt eine internationale Organisation der Statistik mit nationalen Bureaus unter Kontrolle der Gewerkschaften vor. Dr. Silbergleit-Berlin hält die Frage, wer ist arbeitslos, für die schwierigste. Man könne einen Arbeiter, der freiwillig eine Stellung aufgibt, nicht als arbeitslos gelten lassen. Redner weist noch besonders auf die von der Stadt Berlin aufgenommene Arbeitslosenzählung hin. Greulich (Schweiz) hält die Statistik für notwendig; sie allein wird über das gewaltige Elend auf diesem Gebiete Aufklärung schaffen. Durch gesetzliche Meldepflicht sei die Frage nicht zu lösen. Die erste Voraussetzung für eine Statistik sei die Unterstützung der Arbeitslosen. Daher haben die Gewerkschaften die beste Arbeitslosenstatistik. Die vielen schönen Theorien nützen garnichts, solange man den Arbeitslosen nicht helfe. Keuffer-Paris (Buchdrucker) vermißt in den Berichten Aufklärung über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitslosigkeit und möchte die Aufmerksamkeit des Bureaus auf diesen Punkt lenken. Einige Redner halten die Diskussion über Arbeitslosenstatistik für überflüssig, solange man keine Mittel habe, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Darauf entgegnete Dr. Feig-Berlin, daß diese Erörterung schon deshalb notwendig sei, weil die auf gewerkschaftlichen Zählungen beruhenden Statistiken aus England, Dänemark, Deutschland usw. trotz mangelnder Vergleichbarkeit vielfach zu ganz unzulässigen Vergleichungen benutzt würden. Hier sei es Aufgabe der Kommission, Klarheit über die verschiedenen Erhebungsmethoden

zu schaffen und für einheitliche Grundsätze für diese Zählungen Sorge zu tragen. Prof. Spiegel-Charlottenburg hält eine einheitliche Statistik für alle Staaten für notwendig, um die Wirkungen der verschiedenen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu studieren.

Im Schlußwort bemerkt Prof. Westergaard, daß die Arbeitslosenstatistik nicht die Heilung, sondern die Erforschung der Krankheit der Arbeitslosigkeit bezwecke.

Am Abend findet ein Empfang der Konferenzteilnehmer im Rathaus der Stadt Paris statt.

Aus der Partei.

Zeugen zum Schröderprozeß gesucht! Die „Bergarbeiter-Zeitung" veröffentlicht folgenden Aufruf:

Wie den Kameraden bekannt sein wird, ist das Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Schröder und Genossen (Essener Meineidsprozeß) beschlossen worden. Die Verhandlung dürfte noch im Herbst stattfinden.

Nun sind von den Zeugen, die für die Angeklagten Schröder und Genossen sehr wichtig sind, die Adressen bisher nicht zu ermitteln gewesen. Es sind dies:

1. Zeitungsausträger Karl Zeyka, früher wohnhaft gewesen in Holsterhausen, Crangerheide 38;
2. Der Erdarbeiter Peter Jürgensen, geboren am 29. März 1860 zu Schleswig, früher wohnhaft gewesen in Herne, Mont Cenisstraße 24;
3. Der Klempnergeselle Max Pirk, früher wohnhaft gewesen in Herne;
4. Der Schreiner Georg Weirich, geboren am 22. Juni 1855 zu Langenfeld, früher wohnhaft gewesen in Herne, Haldenstraße 19, dann in Bochum, Ferdinandstraße 31;
5. Der Bergmann Karl Kesten, früher wohnhaft in Herne, Strünkederstraße 10.

Wir ersuchen die Genannten, oder alle diejenigen, die in irgend etwas über den Aufenthaltsort der Genannten Kenntnis haben, unverzüglich ihre Adressen an den Verteidiger der unschuldig Verurteilten,

Herrn Rechtsanwalt
Dr. jur. Viktor Niemeyer, Essen a. d. Ruhr,

gelangen zu lassen.

Die Zeitungen werden gebeten, den Aufruf abzudrucken.

Sämtliche Breslauer Strafrichter wegen Befangenheit abgelehnt. Das Vorgehen der Breslauer Justiz gegen unsere Parteipresse ist genau wie in den Zeiten, als die Jauskekammer in politischen Prozessen zu Gericht saß, dazu angetan, die öffentliche Aufmerksamkeit in höchstem Maße auf sich zu lenken und zum allgemeinen Protest herauszufordern. Zurzeit verbüßt Genosse Schiller eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe. In wenigen Tagen wandert Genosse Darf auf zwei Monate ins Gefängnis, und nach ihm war gegen Genossen Albert bereits wieder auf acht Monate Gefängnis erkannt worden, bevor er sich am Sonnabend erneut wegen zweier Artikel der „Volkswacht" zu verantworten hatte, für die weitere vier Monate Gefängnis festgesetzt wurden, sodaß Albert bisher im ganzen ein Jahr Gefängnis vor sich hat. Daneben hagelte es fortgesetzt hohe Geldstrafen, und gegen Albert und Darf stehen insgesamt noch ein Viertelhundert Prozesse aus! Doch Druck erzeugt Gegendruck. In den letzten Prozessen erfolgte mehrfach die Ablehnung einzelner Richter wegen Befangenheit, doch immer mit dem Erfolge, daß sich die Richter nicht für befangen erklärten und die Ablehnungsanträge abgewiesen wurden. Daneben wurden gegen einzelne Richter zahlreiche Beschwerden beim Landgerichtspräsidium erhoben. Am Sonnabend stand nun abermals gegen Genossen Albert Termin an. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte aber der Angeklagte sämtliche Mitglieder der ersten Strafkammer wegen Befangenheit ab. Der Verteidiger erweiterte den Antrag auch auf sämtliche Breslauer Strafrichter, die am Land- und Amtsgericht tätig sind. Sie alle seien nicht imstande, in Prozessen wider Sozialdemokraten objektiv zu urteilen. Der Landgerichtspräsident, der im Saale zugegen war, berief rasch drei andere Richter zu einer neuen Kammer zusammen und diese entschied, daß die Ablehnung der Richter unbegründet sei. Der Termin endete dann damit, daß Albert zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er den Polizeipräsidenten anläßlich der Bauarbeiteraussperrung zur Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen versucht habe. In einem Artikel der „Volkswacht" war nämlich darauf hingewiesen worden, daß die 6000 Ausgesperrten es täglich in der Hand hätten, Spaziergänge zu veranstalten, wohin sie wollten, falls sie von der Polizei schikaniert würden. Außerdem wurde wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft auf zwei Monate Gefängnis erkannt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel gefunden, in dem kritisiert wurde, daß die Staatsanwaltschaft es abgelehnt habe, gegen einen Polizeikommissar einzuschreiten, der bei einer Straßendemonstration einen Unbeteiligten durch einen Säbelhieb schwer verletzt habe. Die beiden Strafen werden auf vier Monate zusammengezogen. In dem Prozesse wurde übrigens auch der stellvertretende Polizeipräsident und der erste Staatsanwalt über die Frage als Zeugen vernommen, ob zur Ermittelung des Handabhackers alles geschehen sei. Beide beantworteten die Frage dahin, daß sie den Handabhacker trotz aller Bemühungen nicht hätten ausfindig machen können. Eine Besichtigung der Säbel, wodurch der Verbrecher wahrscheinlich entdeckt worden wäre, war nicht vorgenommen worden.

Verworfene Revision. Der Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", Genosse Wesemeyer, war in dem bekannten Braunschweiger Wahlrechtsdemonstrationsprozeß zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt worden. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Der Reichsanwalt führte in der Verhandlung aus: „Ein Arbeiterblatt-Redakteur hat überhaupt nicht das Recht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, und die Presse hat nicht mehr Recht, als wie jeder Privatmann."

Schutzmannsbeleidigung. Die Strafkammer in Mühlhausen (Thür.) verurteilte den Genossen Haase vom dortigen „Volksblatt" zu 6 Wochen Gefängnis, weil durch eine Korrespondenz aus Langensalza zwei dortige Schutzleute angeblich beleidigt worden waren. Es handelte sich um einen Vorgang aus der Zeit der Bauarbeiteraussperrung, wobei sich die Schutzleute als Hüter von Arbeitswilligen betätigt hatten. Die Höhe des Urteils wurde damit begründet, daß es die Tendenz unseres Parteiblattes sei, die Autorität der Polizei zu untergraben; diese Autorität aber müsse geschützt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

„Streikexzesse" in Berlin. Der Streik der Kohlenarbeiter bei der Firma Kupfer u. Co. in Berlin gibt der bürgerlichen Presse Veranlassung zu sensationellen Berichten über schwere Ausschreitungen der Streikenden. Diese aber weisen solche Beschuldigungen mit Entrüstung von sich. Die Arbeitswilligen haben am Sonnabend nachmittags und abends verschiedene Exzesse provoziert, indem sie an mehrere Gaben und dadurch eine große Erregung in die sich schnell ansammelnden Volksmengen trugen. In einem Falle wurde einem arbeitswilligen Schießbold der Revolver abgenommen, nachdem sich die anwesenden Schutzleute geweigert hatten, den Schießlustigen festzunehmen. Die Polizei zog in Massen auf und nahm überall die Partei der Arbeitswilligen. Dadurch steigerte sich die Erbitterung der Volksmengen und hier und da flogen, manchmal aus Fenstern, Steine gegen Schutzleute und Arbeitswillige. Die Personen, die dadurch getroffen wurden, erlitten nur geringe Verletzungen. An verschiedenen Stellen zog die Polizei blank und manchmal kam ein Schutzmann ins Gedränge. Die Streikenden lehnen die Schuld an den Steinwürfen und anderen Ausschreitungen ab. Die Streikleitung bemüht sich bei jeder Gelegenheit, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Streikenden leisten den Anordnungen der Streikleitung im allgemeinen willig Folge, wenn sie nicht durch die von der Firma Kupfer bewaffneten Arbeitswilligen zu sehr provoziert werden, und auch dann haben sie sich noch maßvoll verhalten.

Zur Generalaussperrung in der Metallindustrie. In Saalfeld a. d. Saale wurde in 18 Metallwarenfabriken durch Anschlag die Aussperrung zum 8. Oktober angekündigt. Zwei große Firmen, die Mitteldeutschen Elektrizitätswerke und Paul Auerbach erklärten, an der Aussperrung sich nicht zu beteiligen.

Die Beteiligung des Zimmererverbandes an der letzten großen Bauarbeiter-Aussperrung. Der Zimmererverband veröffentlicht eine eingehende Statistik über die große Aussperrung in diesem Jahre und die Abrechnung über die Unterstützung der ausgesperrten Zimmerer. Das Verbandsgebiet umfaßte vor der Aussperrung 728 Verbandszahlstellen, die sich auf 9221 Orte mit zusammen 10 029 Zimmereibetrieben und 67 511 beschäftigten Zimmerern, von denen 55 282 Verbandsmitglieder sind, erstreckten. Für die Tarifbewegung kamen 420 Verbandszahlstellen in Betracht, die zusammen 44 359 Zimmerer, darunter 37 128 Verbandsmitglieder, umfassen. Ausgesperrt wurden in 1272 Orten zusammen 27 255 Zimmerer, von denen sich 26 010 in die Kontrollisten eintragen ließen. Davon waren 25 844 Verbandsmitglieder, 17 022 verheiratete mit zusammen 30 249 Kindern. Von der Aussperrung wurden im Baugewerbe überhaupt insgesamt 73 281 Personen betroffen. Der Arbeitsverlust beträgt insgesamt 913 548 Arbeitstage, der Lohnausfall 4 718 152 Mark. Hätte sich der Wille der Unternehmer erfüllt, dann wären fast noch einmal soviel Personen der Entbehrung preisgegeben worden, nämlich alle Zimmerer, die an der Tarifbewegung beteiligt waren und dazu ihre Angehörigen. Der Unternehmerwille erwies sich aber nicht als allmächtig. Nichtsdestoweniger lassen die vorstehenden Zahlen erkennen, wieviel Not und Elend eine Unternehmerorganisation in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung über arme Arbeiter und deren unschuldige Kinder zu verhängen vermag. Der Zimmererverband unterstützte 18 700 Ausgesperrte für 640 547 Aussperrtage aus seiner Hauptkasse mit 1 554 547 Mk., außerdem zahlte die Verbandshauptkasse 19 333,20 Mk. an Familienunterstützung. Die Verbandszahlstellen leisteten 82 325,81 Mk. an Zuschüssen. Hinzu kommen Summen für Fortschaffung Zugereister, Reiseunterstützung und so weiter, sodaß die Gesamtausgabe des Zimmererverbandes 1 685 055,67 Mk. beträgt. Davon brachte die Hauptkasse des Verbandes 967 121,45 Mk. auf; die in Arbeit gebliebenen Verbandsmitglieder leisteten 297 095,85 Mk. an Extrabeiträgen; 300 000 Mk. flossen aus den allgemeinen Sammlungen der Generalkommission; 105 180,74 Mk. flossen aus den örtlichen Fonds der Zahlstellen des Zimmererverbandes; 12 640,35 Mk. sandten ausländische Zimmererorganisationen ein; den Rest brachten Gewerkschaftskartelle und sonstige Einnahmen auf. Eine schöne Leistung der Arbeitersolidarität, die es ermöglichte, den Schlag des Unternehmertums zu parieren, die sonderbaren Zumutungen des Unternehmerbundes für das Baugewerbe zurückzuweisen und ihm Zugeständnisse abzuringen, die bekannt sein dürften. Möge diese Leistung ein Ansporn sein für das große Heer von Arbeitern, das den Kämpfen seiner Klasse noch fernsteht, mit einzutreten in die Reihen der klassenbewußten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Lebensmittelteuerung und Gewerkschaften in Frankreich. Die Confédération du Travail, die französische Gewerkschaftszentrale, führt zurzeit eine größere Agitation gegen die Teuerung. Im ganzen Lande werden zu diesem Zwecke von den Gewerkschaften Demonstrationen abgehalten, in denen nun auch, auf besonderen Beschluß der Zentralleitung, ein energischer Boykott des Zuckers propagiert werden soll, weil allein die Spekulation des Händlertums an der ganzen Teuerung schuld sei. Später sollen dann auch andere Spekulationsartikel in gleicher Weise „bearbeitet" werden.

Das Automobil im Dienste der amerikanischen Gewerkschaften. Eine große Anzahl amerikanischer Gewerkschaften haben eigene Automobile für ihre Agenten und Distriktleiter. So besitzen z. B. in Chicago allein die Klempner 3, die Maurer 2, die Zimmerer, Tunnelbauer, Heizungsarbeiter, Eisenkonstruktionsarbeiter und andere je ein eigenes Auto.

Aus Nah und Fern.

Tragödie einer Stadtratsfamilie. Die Familie des Stadtrats Arndt in Pr.-Stargard hat versucht, durch Gasvergiftung ihrem Leben ein Ende zu machen. Während der Stadtrat und seine 22jährige Tochter durch die giftigen Gase getötet wurden, sind seine Ehefrau und ein 18jähriger Sohn, der als Primaner das städtische Gymnasium besuchte, schwer erkrankt dem städtischen Krankenhause zugeführt worden. Es besteht der Verdacht, daß Stadtrat Arndt ihm anvertraute Gelder unterschlagen hat und aus diesem Grunde im Einverständnis mit seiner Familie den Tod gesucht und gefunden hat. Nach einer Mitteilung der Regierung hat Stadtrat Arndt sich keiner Unterschlagung amtlicher Gelder schuldig gemacht. Es liegen aber mehrere Fälle von Unterschlagungen außeramtlicher Gelder vor, deren Höhe noch nicht festgestellt werden konnte. Die Leiche Arndts wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Das Befinden der Frau und des 18jährigen Sohnes hat sich im Laufe des Tages verschlechtert, sodaß wenig Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten.

Irrenhaus-Internierung eines Professors. Das Schöffengericht in Weimar beschloß am Freitag, den wegen Beleidigung des preußischen Offizierkorps angeklagten Professor Lehmann-Hohenberg (früher in Kiel) zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenanstalt in Jena zu überweisen. Der Anklage zugrunde lag ein Artikel des Beschuldigten in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Der Rechtshort", in dem u. a. ausgeführt wurde: „Sonst galt es in bürgerlichen Kreisen und noch mehr in denen der Offiziere, eine Ehrverletzung durch Anzeige bei Gericht oder durch Genugtuung mit der Waffe von sich abzuhalten; heute kann man im Amte bleiben oder als Offizier kommandieren, selbst wenn man als Halunke oder Meineidiger gebrandmarkt worden ist. Das ist [illegible] belegt werden kann." Professor Lehman-Hohenberg hatte mit diesen Bemerkungen auf ganz bestimmte Vorkommnisse angespielt, vor allem auf den seinerzeit vom Landgericht in Dortmund verhandelten Prozeß gegen den Obersten Hüger. Er war der Meinung, daß in diesem Prozeß dem Obersten Hüger bitteres Unrecht geschehen war; insbesondere habe es der als Sachverständiger des preußischen Kriegsministeriums tätig gewesene Oberst Wischer mit seiner Eidespflicht nicht genau genommen. Der Angeklagte hatte eine große Anzahl von früheren Offizieren, Ärzten und andern Personen als Zeugen beantragt, deren Ladung aber vom Gericht abgelehnt wurde. Auch den Anträgen des Verteidigers auf Ladung anderer Sachverständiger wurde nicht stattgegeben. In der Verhandlung kam es daher mehrfach zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger einerseits, dem Vorsitzenden, dem Amtsanwalt und dem Sachverständigen anderseits. — Am Schlusse der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er sich dem Beschlusse nicht fügen werde. Der Verteidiger legte sofort Beschwerde gegen den Beschluß des Gerichts ein. Unmittelbar nach Schluß der Hauptverhandlung gegen Professor Lehmann-Hohenberg traten mehrere hervorragende Persönlichkeiten Weimars zusammen und erließen einen Aufruf, in dem sie sagen: „Wir halten den Professor für geistig völlig gesund und erheben Einspruch gegen den vom Schöffengericht in Weimar gefaßten Beschluß, den Professor Lehmann zur Untersuchung seines Geisteszustandes gerade der von ihm seit Jahren bekämpften Universitätsklinik in Jena zu überweisen.

Von Bullen aufgespießt. Ein Viehwärter in dem westfälischen Orte Wrexen wurde auf der Weide von einem wütend gewordenen Stier angegriffen. Das Tier nahm ihn auf die Hörner und stieß ihn mit voller Kraft gegen einen Baum, sodaß ihm der Leib völlig durchbohrt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Ein ganz ähnlicher Fall ereignete sich auf dem Gute Billinghausen bei Arolsen. Dort wurde ein Kuhschweizer von einem Bullen aufgespießt und derart an den Zaun gedrückt, daß er, völlig durchbohrt, nach kurzer Zeit starb.

Opfer des Militarismus. Zu einer am 6. September veröffentlichten Notiz über Manöverunfälle in Ost- und Westpreußen erhielt das „H. Echo" folgende Zuschrift:

XVII. Armee-Korps.
General-Kommando. Danzig, den 17. Sept. 1910.
Sekt. IIb Nr. 15 678.

Das Generalkommando ersucht ergebenst unter Berufung auf § 11 des Gesetzes über die Presse um Aufnahme nachstehender Berichtigung des in Nr. 208 des „Hamburger Echo" am 6. September abgedruckten Artikels: „Opfer des Militarismus".

Nicht wahr ist, daß zwei Reservisten des 5. Grenadierregiments verstarben. Wahr ist, daß weder während des ganzen Manövers, noch auch bisher an den Folgen des Manövers ein einziger Angehöriger des XVII. Armeekorps gestorben ist.

Der kommandierende General:
Mackensen.

Preußische Polizeischmach. Der Frankfurter „Volksstimme" wird von einem unserer Partei nicht angehörigen Leser mitgeteilt: Es muß jedem anständigen Menschen das Blut ins Gesicht treiben, wenn er sieht, was die Polizei alles in Frankfurt treibt, um dem „hohen Besuch" in Friedberg einen Gefallen zu erweisen. Jeder Russe, der sich zurzeit in Frankfurt aufhält, wird überwacht auf Schritt und Tritt, russische Arbeiter, die seit vielen Jahren hier wohnen, sich nie etwas zu schulden kommen ließen und keiner politischen Organisation angehören, werden von der Arbeit weggeholt, verhört und verwarnt, als ob sie ein Verbrechen begangen hätten! Und diese Maßnahmen richten sich zum Teil gegen Arbeiter, die 25, 20, 10 Jahre hier in Frankfurt wohnen und ihre Steuern zahlen, ohne ein anderes Recht zu beanspruchen als das, daß man sie duldet und in Ruhe läßt! Wer diese Polizeiwirtschaft mit ansieht und nicht weiß, was er bei den nächsten Wahlen zu tun hat, um Deutschland von dieser russischen Polizeischmach zu befreien . . .

Automobil-Unglück. Aus Paris wird gemeldet: In der Rue de Rennes geriet ein Automobil, in dem sich die Frau eines Gerichtsaktuars, ihre Kinder und Schwester befanden, zwischen zwei Straßenbahnwagen. Das Automobil wurde zertrümmert. Die Frau und die elfjährige Tochter sind zermalmt, die übrigen Insassen schwer verletzt worden.

Mädchenhandel nach dem Ausland. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Kuba geschrieben: Eine unter dem Namen Maria Schmidt in Havanna lebende Deutsche (die in Wirklichkeit Maria Becker heißt) gab auf der Polizeidirektion nach ihrer Verhaftung die folgende Erklärung ab: „Nachdem in Brüssel mein Kontrakt, den ich mit einem Theater abgeschlossen hatte, abgelaufen war, annoncierte ich in der Zeitung, um eine Stellung zu finden. Kurz darauf erhielt ich ein Anerbieten nach Kuba als Bufettdame in ein Cafe, in welchem ich drei Pesos täglich verdienen sollte. Ich nahm die offerierte Stelle an und wurde von einem Franzosen, der unter dem Namen „George" bekannt war, und der ein „Stellenvermittlungsbureau" inne hatte, eingeschifft. Schon an Bord des Dampfers wurde ich einer Frau „Chorchette" präsentiert, die mit zwei jungen Mädchen kam, die eine ähnliche Stellung wie ich antreten sollten. Am 2. August 1906 kamen wir in Havanna an. Nachdem wir eine Nacht in einem Hotel zugebracht hatten, wurden wir am nächsten Morgen nach einem Hause in der Havannastraße gebracht, wo man uns sagte, daß das betreffende „Cafe" nicht existiere, und daß die Geschichte mit der Stellung Schwindel gewesen sei und daß ich mich jetzt der Prostitution ergeben müsse. Ich wurde täglich so geschlagen und solche Drohungen wurden mir gemacht, daß mir schließlich nichts übrig blieb, als nachzugeben, besonders da ich die Landessprache nicht kannte." Die anderen Mädchen, welche 1906 mit dem gleichen Dampfer nach Havanna kamen, heißen Else Sell, Maria Hartmann, Emma Herme und wurden unter gleichen Vorspiegelungen 1906 in Stuttgart von Georgette Petit, die obige „Chorchette", engagiert und nach hier verbracht. Eine Zeitung in Havanna knüpfte daran die folgenden Bemerkungen: „Bedauerlich ist es, daß in der Hauptstadt so skandalöse Vorkommnisse geschehen können und traurig ist es, daß der Polizeikapitän des Toleranzdistrikts, der seit Jahren eingeweiht war, niemals Meldungen von den Mißhandlungen gemacht hat, die diese Unglücklichen und viele andere erleiden mußten. Die Verhaftungen der Seelenverkäufer, die jetzt vorgenommen sind, können nicht aufrecht erhalten werden, da die Verhafteten schon durch die diesjährige Generalamnestie — die Manie des Präsidenten — geschützt sind. Was tun die Konsuln und Ministerresidenten der betreffenden Nationen? Unsere Regierung, die fremden Repräsentanten und die Richter müßten ein größeres Interesse in der Angelegenheit zeigen und für die Rücktransportierung der Unglücklichen sorgen, ebenso unter keinen Umständen die Einwanderung mit solchen Vorspiegelungen getäuschter junger Mädchen gestatten."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kohlmarkt 5 **Gebr. Barg** Tel. No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken
der Firma **A. L. Mohr**
G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34. Lieferant d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Richelsen, Königstr. 111. Tomb.-, Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbäckerei „Hansa"
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.
Wilh. Hüper, Beckergrube 76.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
A. Hotelmann, Schlum.-Str. 1. Sp.: Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.
E. Reinhold, Eutin, Kielerstr. 34. Weiß-, Fein-, Grobbäckerei.
Johs. Gode, Moisling, Grob-, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Schünemann Reinfeld, Kirchsteig Fein-, Weiß-, Grobb.
Joh. Elvers, Schlutup, Lübeckerstr. 46. Erstklass. Ware Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
F. BARBY Hüxstr. 117 Zur Ruhe
Georg Behnck,
Lübeck, Warendorpstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackenburg.
H. Kröger, Reinfeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
C. Buchholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4. Besohlanst. „Elektric".
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
J. Kalkhorst, Warendorpstr. 20.
Fünfhausen 7.
Johs. Petersen, Kupferschmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt Adler-Bier.
Aktien-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu. Braunbier.
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Lübecker Hansa-Bier
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
Zur Walkmühle
H. Lück
empfiehlt Lagerbier in Gebinden und Flaschen.

Erscheint dreimal wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 **August Schoeps** Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H. E. Koch's Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u. Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spieg., Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestr. 7.

G. Stooss Fischergrube 25

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128. ff. Braunbier.
Paul Flemming, Engelsgrube 62/64. Eimer-, Braun- und Doppelbier.
L. Hochbaum, Schulstr. 8. Braun- und Eimerbier.
Grabower Rothbier 12 Fl. M. 1.30 frei Haus. Bierverl.
L. Meyenborg, Warendorpst. 52/54.
Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87.
Braunbier
Hermann Stamer.
F. Weiermiller Schwartauer Allee No. 3b.
Eimerb. b. Meyenborg, Warendorpst.
Heinr. Wilcken, Engelswisch 17/19. ff. Braunbier.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
Otto Höfke, Lübeck, Blanckstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorff, Lübeck, Hüxstr. 71.

Bürsten, Kämme
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Joh. Bentin, Lübeck, Hüxstr. 42.
L. Erdmann, Fleischhauerstr. 4. Fleisch-, Wurstw. Heringe.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Rud. Jaacks, Inhaber: H. Scheel, Kupferschmiedestr. 7.
C. Krapp Ob. Wahmst. 6 Eierhandlung en gros, en detail
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Th. Sterm Nachf., Königstr. 98. T. 473. en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus,
Fr. Warnecke, Breitestraße 1/5.
Hans Wegener, Wahnstr. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
Alw. Karstadt, Lübeck, Holstenst. 20, Warend.-St. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
H. Böttcher, Fackenbg. Allee 11. Cig. i. allen Preislagen.
Carl Ehlert, Schwart. Allee 85.
Conrad Hardt Hüxstraße 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr. Möller, Holstenstr. 42.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Otto Schlamm, Königst. 48b. „Anila", hochf. 6-Pf.-Cigarre.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Balauerfohr 29.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Lüb.-Str. 2

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwasch-, Plättanst.
Pariser Kunstwäscherei, Paul Duncker, Loignistraße 3. Fernruf 1305, 529.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1c.

Drogerien
J. Becker, Lübeck, Domestr. 29.
F. W. Busch, Roeckstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Burg-Drogerie, H. Oelgart Nachf., Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Carl Muß, Schüsselbuden 1 (Ecke Mengstr.)
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moisl. Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackenbg. Allee 70.
H. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthien, Seeretz.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlenbr. 2. Rep.-Werkst. aller Syst.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Frister & Roßmann,
Depot: Gustav Kath, Sandstr. 14.

Fahrr., Nähmasch.
Franz Busse, Walmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Otto Dortmundt Schwart. Allee 99. Eig. Repar.-Werkst.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15. Lübecker Fahrräder.
Hugo Meier, Wahmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
O. Störzner, Hüxstr. 54, Johannesstr. Mangeln, Wasch- u. Wringm.
Th. Vedder, Friedenstraße 1. Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch. werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
Johs. Marcks, Schlutup.
H. Krohno, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
Wilh. Bandholtz, Lübeck, Hüxstr. 92. Fußbodenöl „Bandol".
J. Becker, Dornestr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Hansa-Drogerie Karl Mayer, Fackenbg. Allee 10.
Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heckendorf, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackenbg. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
Wilh. Schmidt Nachflgr., Lübeck, Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Paul Boldt, Wahmstr. 22.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Johs. Heick, Markt 2, Kohlmarkt 14.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
Herm. Kähler, Sadowastr. 35. Erstklassige Ware billig.
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.
W. C. Koeppke,
Schlachterei und Wurstfabrik, Klingenberg N. 3/4. Telephon 459.
ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik
Heinrich Kronsbein, Travelmannstr. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 95. Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurstwaren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Küntzel, Blücherstr. 22. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
A. Meiz, Glockengießerstr. 73. — Fernruf 2358. —
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Willy Niß, Warendorpstr. 53, Ecke Schwart. Allee.
Jos. Paatsch, Holstenstr. 22. Fernr. 1249. Sp.: ff. Aufschnitt.
Friedrich Paetau, Wurst-Fabrik. Mühlenstr. 27
Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Georg Reinder, Hüxstr. 79.
A. Rolf, Gr. Burgstr. 37. Telefonruf: 1772.
Christ. Scheel, Westhoffstr. 33.
H. Schmalfeld & W. Mamerow, Reiferstr. 26. Telephon No. 2152.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Carl Tiedt, Ob. Trave 7. Telephon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenstr. 81. Pa. Fl.-u. Wurstwaren.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
Ernst Zachow, Georgstr. 37.
Heinr. Steer, Eutin, Kielerstr. 34. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
E. Martens Moisling, Nur gute Ware.
H. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Ahrendt, Schlutup, Schlachterei und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Schlutup, Lüb.-Str. 31. Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Friseure, Parfüm.
Helmuth Koch, Lübeck, Marlesgr. 6.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lauck, Wahmstr. 71.
Frau Ad. Richter, Wwe. b. Skt. Johann. 8.
Aug. Schuldt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzenroth, Moisling.
J. Wieschendorf, Schlutup, Lüb.-Str. 46.
B. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galant.-, Spielwar.
Louis Joy, Lübeck, Breitestr. 58a. Vorteilh. Bez.-Quelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.
Jacobsens Kinder, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Gelegenheitskäufe
Willy Janssen, Lübeck, Böttcherst. 31.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck, Marlesgr. 16. Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 26.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tolligreve, Goldschm., Königst. 92.

Handels-Lehranst.
Björkman Lübeck, Beckergr. 181. Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Gummiw., Bandag.
F. W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
Wessels Gummi-Spezial-Gesch. Breitestr. 60.

Haus- u. Küchengeräte
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorpstr. 2.
W. Klüssendorf, Hüxstr. 116. T. 1159. Sp.: Gaskr., Kocher u. Plätten, Bierdr.-App., Bade-Einr.
Bernhd. Neumann, Balauerfohr 12.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
Riesenbazar P. Cagna Breitest. 33 Vorl. Bez.
Carl Rittscher, Holstenstr. 34. Spez.: Emaille-Geschirre.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
Wilh. Maaß, Reinfeld.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerst. 11.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren-Artikel
Hans Kamenhuis Ob. Wahmstr. 17 Wäsche, Krawatten, Hüte.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Emil Württenberger,
Kohlmarkt 8. — Spez. Hüte — Markt 5. Wäsche, Kravatten, Unterzeug.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck, Holstenstr. 16.
Albert Meincke, Ecke Aegidienst. 15.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Bestthorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Ramm, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Lorenz Richter, Breitestr. 20.
Walter Stalbohm, Hüxstr. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Aug. Tralow, 11 ob. Wahmstr. 11. Spezial.: Strohhüte.
Johs. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
Otto Bähnk, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorpstr. 32.
Johann Bentin, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Aug. Dibbert,
Tunkenhagen 20. Vorteilhafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
W. Fischer, Schwönekenquerstr. 11.
Georg Hartkopf, Adlerstr. 38. Drogen u. Farben.
Fritz Hartmann, Krähenstr. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höfke, Blanckstr. 14a.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
Ludw. Mettel, Atendornstr. 23.
Joh. Müller, Hartengrube 21. Eig. Kaffeerösterei.
E. Pagels, Glockengießerstr. 71.
W. Puls, Joh. Fick Nchf., Wahmst. 92, Ecke Balauerfohr. Brennmat.
S. Resenhöft, Schwönekenqustr. 26.
Emma Runge, Cronsf. Allee 105.
M. Schwang, Paulstr. 11a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
Joh. Schwabroh, Moisling. Allee 33.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer Allee 131a.
Carl Trost Nachflg., Fackenbg. Allee 55c.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
L. Weimann. Maiblumenstr. 6/8.
Heinrich Wille, Lg. Lohberg 1.
H. F. Falckenhagen, Eutin, Kielerst. 25.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
H. Ohde, Moisling.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest 24.
Rich. Heitmann, Reinfeld.
Wilh. Maaß, Reinfeld.

Kolonial-, Fettwar.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Lüb.-St. 8.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 6.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
S. M. Hazan, Geverdesstr. 7, b. Schwart. Allee.
Heick & Schmaltz, Sandstr. 11.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Max Wischendorff, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, Moisling.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Ramm, Schlutup.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Slump & Elberfeld.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Theodor Vagt, Tunkenhagen 1.
J. Behrens, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, Schlutup.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
L. Schaap, Schwartau.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Lübeck, Alfstr. 21. Vorteilh. Bezugs-Qu.
Carl Folkers, Marlesgr. 25. Fernruf 734. Gr. Ausw., bill. Preise. Weitestgeh. Garant. Liefrg. frei Haus auf eig. Möbelwg.
Hintze & Stoch, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
C. Kaphengst, Königstr. 50. Vorteilh. Bezugsqu.
B. Lux, Marlesgrube 51.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.
Georg Topp, 24 Marlesgrube 24. Neue u. gut erhaltene Möbel.
G. Wackenhut, Fackenburg.
B. Gerigk, Malente, Bahnhofstr. 46.
H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.
H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Herm. Pingel, Schwartau.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. liefert alle von Milchprodukten aller Art
Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Musikwaren
H. Haller, Lübeck, Markt 3, Kohlmkt. 12.
Musikhaus Jack, Königstr. 96.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, Königstr. 116.

Obst u. Südfrüchte
E. Christoffersen, Lübeck, Holstenstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Wahmstr. 21.
Carl Volger, Opt. Spezial-Geschäft, jetzt Breitestraße 15, ab Oktober 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Atelier Lubecca, Breitest. 13. Photograph. gut u. billig.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Th. Bruß, Reinfeld, Bahnhofstr.

Putz u. Modewaren
C. Badendiek, Lübeck, Königstr. 26. Holstenstr. 13/15.
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
D. Wagner, Holstenstr. 8.
Clara Kahle, Obere Wahmstr. 1.
W. Simm, Balauerf. 16. Brautschmuck.

Rein-, Rep.-, Bügelanst.
C. Wimmer, Inh. H. Schlesselmann, Lübeck, Mühlenst. 30.

A. N. Becker
Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität: Trauringe
Holstenst. 32

Piano-Magazine
Haussmann Johannisstr. 14. Verkauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40. Neue u. gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.
Gasthof am Kreuzweg. E. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähenst. 15. Pa. Roßfleischwaren.
H. Dieckvoß, Ob. Travel 2. Tel. 1604. Sp.: Roßfleischwaren.
J. Strobel, Loignystraße 8, Marli. — ff. Beefsteaks u. Gehacktes frisch v. Eis.
Ernst Wulff, Dankwartsgr. 34. Tel. 958. Täglich frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Fischergr. 10. Telephon 1149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-All. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moisig. Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.
Baurenfeind, Mühlenstr. 34. Auch Reparat.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38. Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Reiferstr. 3, b. d. Schwart. Allee.
W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr., Schwartauer Allee, Ecke Geverdesst.
P. Beeck, Balauerfohr 5. Maß. Reparaturen.
Carl Buchholtz, Schwartauer Allee 4. — Record-Stiefel. —
Friedr. Busch, Schuhwaren-Haus, Mühlenstr. 27.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Zum billigen Schuhladen, W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Rebien, Schwönckenquerstr. 25. Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schlumacher-Straße 4. Schleifer u. Siebmacher.
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
J. F. B. Grube, am Markt.
Martin Jürgens, Unt. Hüxstraße 105. Hohlschleiferei. Sp.: Rasiermesser.
Carl Rittscher, Holstenstr. 34.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Sol. Stahlw.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 25.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Fünfhausen 22. Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 26.
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Ernst Gentzen, Königstr. 62.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Beckergrube 5.
Georg Reese, Hüxstr. 22/24.
Bruno Schmidt, Uhrmacher, Breitestr. 56.
Heinr. Schultz, Johannisstr. 20.
Willi Westfehling, Holstenstr. 40.
Ad. Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
F. P. Ahrens Königstr. 73 Ecke Hüxstr.
Fr. Geist, Lübeck. Hüxterd. 8. T. 1935.
J. Höppner, Beckergrube 66.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 113
Beste Qual. zu billigen Preisen
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.

Rudolph Karstadt
Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Otto Albers, Kohlmarkt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-Ausstattungen. Manufakturwaren und Garderoben.
Alls bekannt als gut u. billig!

Leser, Leserinnen Arbeiter Arbeiterinnen berücksichtigt obige Firmen!